Militarisierung oder gerechter Frieden

Gedanken anlässlich des Krieges in der Ukraine

Werner Onken

Auf den Zusammenbruch der NS-Schreckensherrschaft folgte in Europa trotz der Blockkonfrontation zwischen West und Ost eine lange Periode eines stets gefährdeten Friedens. Und nach dem Ende des kommunistischen Sowjetimperiums glaubte der Philosoph Francis Fukuyama an ein „Ende der Geschichte". Im Wettkampf der Systeme hatte der westliche Kapitalismus den östlichen Kommunismus augenscheinlich besiegt. Zum Greifen nahe schien die historisch verspätete Verwirklichung von Immanuel Kants großer Vision eines „ewigen Friedens". Doch der westliche Kapitalismus hatte keinen wirklichen Sieg über seinen kommunistischen Gegner errungen – er war nur übrig geblieben und zwar als ein ebenfalls in sich friedloses System.

Bald nach der friedlichen Wende in Mittel- und Osteuropa im Herbst 1989 kehrte während der 1990er Jahre der Krieg in Gestalt des Balkan-Kriegs nach Europa zurück und alsbald fand der kapitalistische Westen im islamistischen Fundamentalismus einen neuen großen Feind. Derselbe Westen, dessen Führungsmacht USA während der Nachkriegsjahrzehnte grausame Kriege in Korea und Vietnam geführt hatte – unvergessen sind die Bilder u.a. aus My Lai[1] – , wähnte sich nunmehr in der Rolle des ‚guten' Garanten von Menschenrechten, Freiheit und Demokratie. Die westlichen Werte gelte es fortan gegen eine „Achse des Bösen" durch sog. militärische Auslandseinsätze in Afghanistan und im Irak zu verteidigen – auch um den westlichen Führungsanspruch gegenüber den Staaten der untergegangenen Sowjetunion und gegenüber dem zur Weltmacht aufstrebenden kommunistischen China zu unterstreichen.

In unmittelbarer zeitlicher Nähe führen nun zwei einschneidende Ereignisse aller Welt vor Augen: auf dem Nährboden von wirtschaftlicher Ungleichheit sowohl innerhalb einzelner Staaten als auch in der gesamten Weltwirtschaft ist nicht erst seit 1945, sondern schon seit den Anfängen der kolonialen Expansion Europas in die übrige Welt ein globales Gefälle zwischen Groß- und Mittelmächten und Ohnmächtigen entstanden und die Menschheit hat sich

[1] Vgl. hierzu Holger Sendel, Vor 50 Jahren – Das Massaker von My Lai, Deutschlandfunk am 15.3.2018; auf der Website https://www.deutschlandfunk.de/vietnamkrieg-vor-50-jahren-das-massaker-von-my-lai-100.html (aufgerufen am 12.3.2022).

nach und nach immer tiefer in mörderische Kriege um Macht über Menschen und über die natürlichen Ressourcen verstrickt. Nach 1945 nahmen diese Kriege zunehmend asymmetrische bis terroristische Formen an. Da sie mit Ausnahme von Terroranschlägen weitgehend außerhalb der westlichen Welt in Lateinamerika, Afrika und Asien stattfanden, werden der gegenwärtige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und damit die Rückkehr des Krieges nach Europa vielfach als eine „Zeitenwende" empfunden, die die bestehende außen- und sicherheitspolitische Architektur Europas bzw. des Westens in Frage stelle. Gleichsam über Nacht kehrte der Ungeist des Kalten Krieges zurück und das sonst oft so uneinige Europa steht plötzlich fest zusammen in der Absicht, fortan wieder sehr viel stärker als in den drei Jahrzehnten seit der Wende von 1989 auf eine militärische Wehrhaftigkeit und Abschreckung von ‚Feinden' zu setzen.

Doch findet derzeit – ohne den unvorstellbar gewordenen und nun doch eingetretenen russischen Überfall auf die Ukraine relativieren zu wollen – wirklich eine „Zeitenwende" statt? Was momentan mit verständlichem Erschrecken als solche empfunden wird, könnte sich bei näherer historischer Betrachtung auch als Fortsetzung einer langen Reihe von mehrmals völkerrechtswidrigen „militärischen Spezialoperationen" erweisen, die vor und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs im Nahen und Mittleren Osten und an anderen außereuropäischen Schauplätzen vorgenommen wurden, um willkürliche Grenzen zu ziehen und geostrategische Machtinteressen der Repräsentanten westlicher Werte und ihrer totalitären Widersacher durchzusetzen. Bei alledem gerät allzu leicht aus dem Blickfeld, was alle Menschen über alle Grenzen hinweg eint – nämlich das gemeinsame Menschsein auf dieser Einen Erde und das gemeinsame Gefangensein in den falschen Strukturen einer durch und durch ungerechten, friedlosen und umweltschädlichen Weltwirtschaft. Bei der Suche nach Kriegsursachen und Auswegen aus Kriegen sollte dieses Gefangensein aller Menschen in falschen weltwirtschaftlichen Strukturen stärker in den Fokus gerückt werden, denn erst durch einen unparteiischen Blick auf diese falschen Strukturen und durch die gemeinsame Suche nach einem Ausweg aus der für alle Menschen leidvollen Spirale von Gewalt und Gegengewalt könnte sich der festgefahrene Gegensatz zwischen Bellizismus und Pazifismus auflösen lassen.

1 2001 – 2021: 20 Jahre Antiterror-Kriege des Westens und ihr unrühmliches Ende

Als Zankapfel zwischen dem britischen Empire und dem russischen Zarenreich war Afghanistan schon im 19. Jahrhundert zu einem „Friedhof der Weltmächte" (Aschot Manutscharja) geworden. Im Laufe des Kalten Krieges war das Land wieder wie Korea, Vietnam und einige Staaten Afrikas einer jener Schauplätze, auf denen die Supermächte Stellvertreterkriege führten, um ihre Hegemonie zu festigen. Die Sowjetunion wollte an ihrer Südflanke kein westlich orientiertes Afghanistan. Und weil die USA Afghanistan als eigenes Einflussgebiet sichern wollten, unterstützten sie die Mudschahedin im Guerillakrieg gegen die sowjetischen Invasoren mit Waffenlieferungen im Umfang von mehr als sechs Milliarden US-Dollar.[2]

Nach zehn Jahren eines kräftezehrenden Krieges zog sich die damalige Sowjetunion Ende der 1980er Jahre als Verlierer aus Afghanistan zurück. Unter anderem hatte sie vergeblich versucht, den agrarischen Großgrundbesitz gewaltsam zu enteignen und damit die traditionellen Stammesgesellschaften in eine kommunistische statt feudalistische Unterwerfung zu bringen. Stattdessen hätte es einer Bodenreform bedurft, welche den Bauern die Möglichkeit verschafft hätte, frei und selbstständig auf gepachtetem Land zu wirtschaften und vom Lebensmittelanbau statt vom Opiumanbau zu leben.

Zum Niedergang der Sowjetunion dürfte der in Afghanistan geführte sinnlose Krieg sehr viel beigetragen haben – und auch zum anschließenden Bestreben Russlands, nach dem Zerfall der Sowjetunion zu alter Macht und Stärke zurückzukehren. Nach dem Übergang der politischen Macht von Jelzin auf Putin begann Russland in zwei Tschetschenien-Kriegen seine verlorene Größe wiederherzustellen.[3] Gemäß einer Vermutung des britischen Historikers Adam Tooze könnte eine Erinnerung daran eine Rolle gespielt haben, dass China sein Imperium erhalten konnte, als es im Sommer 1989 die Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking blutig niederschlug, während die Sowjets ihr Imperium verloren, als sie die friedliche Wende in Mittel- und Osteuropa im Herbst 1989 geschehen ließen.[4]

Die eigentliche Tragödie Russlands bestand jedoch nicht im Niedergang des Sowjetimperiums und im unterlassenen Versuch, es wie in China durch den Einsatz von Gewalt zu retten. Sie bestand vielmehr darin, dass Michail Gorbatschow im Westen keine kongenialen Politiker gegenüberstanden, die seine

[2] Aschot Manutscharja, Afghanistan - Friedhof der Weltmächte, in: Das Parlament Nr. 37/2021, S. 3.

[3] Vgl. hierzu Anna Politkowskaja, Tschetschenien - Die Wahrheit über den Krieg (dt. Übers. aus dem Russischen), Köln 2003.

[4] Adam Tooze, Diesen Krieg verstehen, in: Süddeutsche Zeitung vom 11.3.2022, S. 11.

gigantische historische Leistung eines friedlich gestalteten Endes des Kalten Krieges mit der Bereitschaft zu einem Neuanfang im Osten wie auch im Westen honoriert hätten. „Mehrmals habe ich meine Gesprächspartner in Europa und in den USA ermahnt", so schrieb Gorbatschow später: „Alle werden sich ändern müssen. … Das Ideal des 21. Jahrhunderts ist eine gewaltfreie Welt. … Jedoch trübten Hochmut und Siegesrausch die Sicht. … Nach meiner Überzeugung soll die moderne Weltwirtschaft viel stärker an den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet sein. … Ein Wirtschaftssystem, das nur an Profit und Konsum ausgerichtet ist, hat sich erschöpft."[5]

Statt der triumphalen Selbstinszenierung des Westens als „Sieger im Wettstreit der Systeme" und der forcierten Globalisierung des westlichen Kapitalismus hätte es auch im Westen der Einsicht bedurft, dass die alte machtbasierte Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik von einer gerechtigkeitsbasierten Weltinnenpolitik hätte abgelöst werden müssen. Schließlich war die Entstehung des Kommunismus eine unmittelbare Folge der sozialen Ungerechtigkeiten in der westlich-kapitalistisch pervertierten Marktwirtschaft, in der von Freiheit, freien Märkten, Menschenrechten und Demokratie die Rede war und in der gleichzeitig nach innen und außen eine rücksichtslose Machtpolitik betrieben wurde. Das Zeitfenster zwischen dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 war eine einmalige historische Chance für eine große Wende in Ost *und* West, die tragischerweise vom Westen mit der Folge verspielt wurde, dass das in sich widersprüchliche, einerseits freiheitliche und andererseits von marktbeherrschenden Konzernen dominierte westliche System sich als Nonplusultra der Geschichte feierte und dass Russland nach dem Putsch gegen Gorbatschow in die Hände von Oligarchen fiel.

Im Laufe des ersten Jahrzehnts nach dem Ende des Kalten Krieges kam es auch zu ersten völkerrechtswidrigen Militäreinsätzen des Westens auf dem Balkan. Und die sich selbst erfüllende Prophezeiung des US-amerikanischen Politologen Samuel Huntington vom „Kampf der Kulturen" (1996) nahm eine neue nach-kommunistische Form an. Nunmehr sah sich der kapitalistische Westen abgesehen vom kommunistischen Nordkorea dem islamistischen Terror als neuem großen Feind gegenüber. Und obwohl die Terroranschläge auf das World Trade Center in New York vom 11. September 2001 kaum etwas mit Afghanistan zu tun gehabt hatten – 15 von 19 Attentätern kamen aus Saudi-Arabien, das aber nicht angegriffen werden sollte, weil es mit dem Westen

[5] Michail Gorbatschow, Kommt endlich zur Vernunft! – NIE WIEDER KRIEG!, Salzburg und München 4. Auflage 2017, S. 21, 27, 44 und 48 - 49.

verbündet ist – , marschierte ein breites Bündnis von westlichen „Willigen" nach Afghanistan ein, um dort einen „Anti-Terror-Krieg" zu führen. Die Taliban, die vormals noch willige, vom Westen unterstützte Kämpfer gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans gewesen waren, waren nunmehr Teil einer als Feind empfundenen „Achse des Bösen". 2004 kam der Krieg im Irak hinzu. Dessen Begründung, der irakische Diktator Saddam Hussein, der zweifellos Menschenrechte schwer missachtete, verfüge über Massenvernichtungswaffen, sollte sich bald als eine glatte Lüge erweisen. Dennoch ging der Krieg im Irak noch jahrelang weiter, u.a. mit schauerlichen Misshandlungen von Menschen im Foltergefängnis Abu Ghraib.

Die sog. „Mission Enduring Freedom" („Dauerhafte Freiheit") in Afghanistan währte insgesamt 20 Jahre bis zum Sommer 2021, obwohl die dortigen Al-Quida-Basen als Quellen vor Terror schon seit etwa 2003 ausgeschaltet waren. Als der Terroristenführer Osama bin Laden 2009 in Pakistan gefunden wurde, wurde seine Ermordung im Westen als Triumph zelebriert. Hätte es nicht den westlichen Werten mehr entsprochen, ihm den Prozess vor dem – von den USA nicht anerkannten – Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu machen?

Zweifellos sind während des 20-jährigen Out-of-area-Einsatzes der NATO in Afghanistan auch Brunnen von der Bundeswehr gebohrt worden, zweifellos sind erste zivilgesellschaftliche Strukturen entstanden und zweifellos erhielten auch viele Frauen einen Zugang zu Bildung und Berufen. Dennoch hatte die frühere EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann Recht mit ihrer schon 2010 ausgesprochenen unbequemen Wahrheit: „Nichts ist gut in Afghanistan." Auch der Westen unternahm während dieser 20 Jahre kaum etwas, um die afghanischen Bauern aus der Abhängigkeit von Großgrundbesitzern und Warlords zu befreien. Etwa ein Zehntel der gesamten afghanischen Wirtschaftsleistung basiert UN-Angaben zufolge auf dem Opium, das internationale Drogenkartelle für die Herstellung von Heroin verwenden. Noch immer kommen 85 % des weltweiten Opiums allein aus Afghanistan.[6] In den Städten Afghanistans ist die Entstehung von gewerblichen Mittelschichten als Träger von wirtschaftlichem Wohlstand und politischer Demokratie kaum über erste kleine Ansätze hinausgekommen. Stattdessen sind horrende Summen in das militärische Abenteuer am Hindukusch geflossen. Die USA haben dafür die astronomische Summe von 2,261 Billionen Dollar ausgegeben, wovon ein großer Teil an kor-

[6] Vgl. hierzu die Website https://unric.org/de/afghanistan17112021/ (aufgerufen am 13.3.2021).

rupte Politiker, Beamte, Warlords und regionale Milizen geflossen ist.[7] Und die deutschen Ausgaben für den Krieg in Afghanistan beliefen sich nach ZDF-Recherchen auf mehr als 17,3 Milliarden Euro.[8] Zu keiner Zeit gab es ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept geschweige denn eine Exit-Strategie.

Schon seit vielen Jahren war offensichtlich, dass sich der „Krieg gegen den Terror" nicht mit militärischen Mitteln gewinnen lassen würde und dass auch kein „regime change" und kein „nation building" mit Waffen und Drohnen gelingen kann – auch nicht mit einem Mix aus zivilen und militärischen Maßnahmen. Einem Land wie Afghanistan von außen eine Demokratie nach westlich-kapitalistischen Muster aufpfropfen zu wollen, entsprach einer „Hybris des Westens" und seiner imperial-hegemonialen Denkweise.[9] So standen sich in der durch Stammesfehden und Korruption zerrissenen Gesellschaft von 38 Millionen Afghan:innen die Militärmacht des Westens und die Partisanen der Taliban unversöhnlich gegenüber. Statt die strukturelle Ungerechtigkeit der Weltwirtschaft als tiefere Wurzel ihrer gemeinsamen Katastrophe zu erkennen, projizierten beide Seiten die unverstandenen strukturellen Zusammenhänge auf gegenseitige Feindbilder.

Im Ergebnis sind bei „Deutschlands Verteidigung am Hindukusch" (damaliger Verteidigungsminister Peter Struck, SPD) 59 deutsche Soldaten ums Leben gekommen. Etwa 2.400 US-amerikanische Soldatinnen und Soldaten sowie viele weitere aus anderen Ländern haben ihr Leben in Afghanistan verloren – außerdem gab es fast 50.000 zivile Opfer, darunter mehr als 90 Opfer, die 2009 bei einem Bombenabwurf auf einen Tanklastzug bei Kunduz getötet wurden. Unzählige Soldat:innen sowie Zivilist:innen, unter ihnen viele Kinder, trugen bleibende Kriegstraumata und Verletzungen davon.

Die Gesamtbilanz des vom Westen in Afghanistan geführten Krieges ist verheerend. Neben dem unermesslichen menschlichen Leid gehört zu ihr auch sein übergroßer ökologischer Fußabdruck. In gigantischem Umfang wurden natürliche Ressourcen und Energie für die Produktion von Kampfflugzeugen, Panzern und anderem militärischen Gerät sowie von Waffen und Munition verschwendet. Mit großen Transallmaschinen wurden mehrere 100.000 Soldat:innen sowie Unmengen von Rüstungs'gütern' nach Afghanistan geflogen. „Das US-Verteidigungsministerium gilt als die Institution", so der US-ameri-

---

7 Clemens Ronnefeldt, Bewertung des NATO-Afghanistan-Einsatzes, in: FriedensForum Nr. 5/2021, S. 27. – Michael Lüders, Besatzer, nicht Befreier, in: der Freitag vom 19.8.2021, S. 1.

8 Vgl. hierzu die Website https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afghanistan-einsatz-kosten-milliarden-100.html (aufgerufen am 14.3.2022).

9 Thomas Ruttig, Null moralische Lufthoheit, in: taz vom 30.8.2021, S. 12. – Michael Lüders, Hybris am Hindukusch – Wie der Westen in Afghanistan scheiterte, München 2022.

kanische Politologe Bruce Stanley, „die weltweit die größte Menge an Treibhausgasen produziert." Hinzu kommen Grundwasser- und Luftverschmutzungen durch zerstörte Gebäude und Waffen sowie durch den bei Explosionen freiwerdenden Staub und durch Müllverbrennung.[10]

Ein einziges großes Desaster war schließlich die Art und Weise, wie die „Koalition der Willigen" das geschundene Afghanistan im August 2021 geradezu fluchtartig wieder verlassen hat. Ihr Abzug war längst überfällig; aber wenn das westliche Militär schon einmal dort war und zweifelhafte Erfolge für sich reklamierte, dann hätte es wenigstens für eine geordnete Übergabe der politischen Macht in demokratisch gewählte afghanische Hände sorgen müssen, statt sich gleichsam über Nacht davonzustehlen, die ihnen loyalen Ortskräfte zu verraten und die Bevölkerung ihrem Schicksal unter der neuen Taliban-Herrschaft zu überlassen. Der einzige Hebel, über den westliche und andere Länder noch Einfluss auf die Taliban nehmen können, ist deren Abhängigkeit von ausländischem Geld.

Zurückgelassene High-Tech-Waffen gelangen nun in die Hände der Taliban, die im Übrigen in den letzten Jahren gelernt haben, dass sie nicht ausschließlich tyrannisch gegen die eigene Bevölkerung regieren können. Und so halten auch sie Schulen und Krankenhäuser in Gang, um ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu erhöhen. Nach alledem befindet sich Afghanistan in einer schweren Wirtschafts- und Armutskrise. Während der letzten Jahre beruhten etwa 40 % der afghanischen Wirtschaftsleistungen auf dem Zustrom von ausländischem Geld.[11] Wie das seit über 40 Jahren von Kriegen geschundene Land diesem Teufelskreis von Armut und Wirtschaftskrise entkommen kann, bleibt völlig ungeklärt.

Was folgt aus der militärischen Niederlage des Westens in Afghanistan und seinem kopflosen Abzug? Für den Historiker Herfried Münkler ist der „Rückzug aus Afghanistan eine Zäsur von globaler Bedeutung. … Eine Weltordnung, die zu ihrem Funktionieren auf einen ‚Hüter' angewiesen ist, steht nun ohne Hüter da. … Man wird davon ausgehen müssen, dass die Ära des Werteexports zu Ende ist."[12] Dieser „Werteexport" war ohnehin zweischneidig und verlogen,

---

[10] Bruce Stanley, Dreck am Stiefel – Die Umweltsünden der US-Armee, in: Le Monde diplomatique vom Dezember 2021, S. 1 und 10 – 11. – Vgl. außerdem Klaus Moegling, Umwelt, Militär und Krieg, auf der Website des „Forum Ziviler Friedensdienst" https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/themen/klimakrise/umwelt-militaer-und-krieg (aufgerufen am 13.3.2022). – Martin Auer, Die Staaten der Welt geben sechs mal so viel für Militär aus wie für den Klimaschutz, in: °C – Klima-Blog der Scientists for Future Österreich am 9.11.2021; auf der Website https://at.scientists4future.org/2021/11/09/die-staaten-der-welt-geben-sechs-mal-so-viel-fur-militar-aus-wie-fur-klimaschutz/

[11] Vgl. die Website https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/taliban-afghanistan-konjunktur-wirtschaft-zusammenbruch-zentralbank-101.html (aufgerufen am 14.3.2022).

[12] Herfried Münkler, Das Ende des Werteexports, in: taz vom 28./29. August 2021, S. 11.

weil geostrategische Machtinteressen mit westlichen Werten ummäntelt wurden. Nach dem „Endspiel der gescheiterten US-Invasion nach den Anschlägen des 11. September in Afghanistan“ (Thomas Ruttig[13]) profitiert vom Vertrauensverlust des Westens jetzt vor allem China, dem es im Interesse seines Projekts „Neue Seidenstraße“ ohne ideologische Verbrämung nur um wirtschaftlichen Einfluss geht[14], außerdem auch Indien, Pakistan und der Iran. Die Macht wird jetzt anders verteilt, aber die wirtschaftlichen und politischen Grundkonflikte bleiben ungelöst.

Das Interesse westlicher Regierungen an einer selbstkritischen Aufarbeitung ihres weltpolitischen Versagens ist augenscheinlich gering. Unterdessen erweist sich auch ihr militärischer Anti-Terror-Kampf in Mali als ein aussichtsloses Unterfangen. Aber statt – endlich – der Tatsache ins Auge zu sehen, dass sich Kriege gegen den Terror und andere Feinde nicht gewinnen lassen, geht es bislang nur um vage Überlegungen, wie militärische Auslandseinsätze und ihre Beendigungen in Zukunft ‚besser‘ gemacht werden könnten.

Wie viele solcher Fehlschläge und Niederlagen braucht es noch auf dem Weg zur Einsicht, dass mit militärischen Mitteln keine Lösungen der wirtschaftlichen und politischen Grundkonflikte und des Terrors in der Welt möglich sind? Wenn also die Militärlogik ein ums andere Mal immer nur wieder zu einer neuen Drehung im Teufelskreis von wirtschaftlicher Ungerechtigkeit, instabilen politischen Machtbalancen, Gewalt, Zerstörung und Leid von Menschen und der Natur führt, dann könnte ein Ausweg eher in einem schrittweisen Übergang zu einer doppelten zivilen Friedenslogik liegen, die

a) dem Ausbau von gewaltfreien Konfliktlösungen einen Vorrang vor der militärischen Logik gibt[15], und die
b) eine Transformation der ungerechten und umweltzerstörerischen Strukturen der (Welt-)Wirtschaft in gerechtere und friedlichere Strukturen einleitet. Einen dauerhaften Frieden und eine äußere wie innere Sicherheit kann es – wie vor mehr als zwei Jahrtausenden schon der Prophet Jesaja wusste – nur als „Frucht der Gerechtigkeit“ (Jes. 32.17) geben.

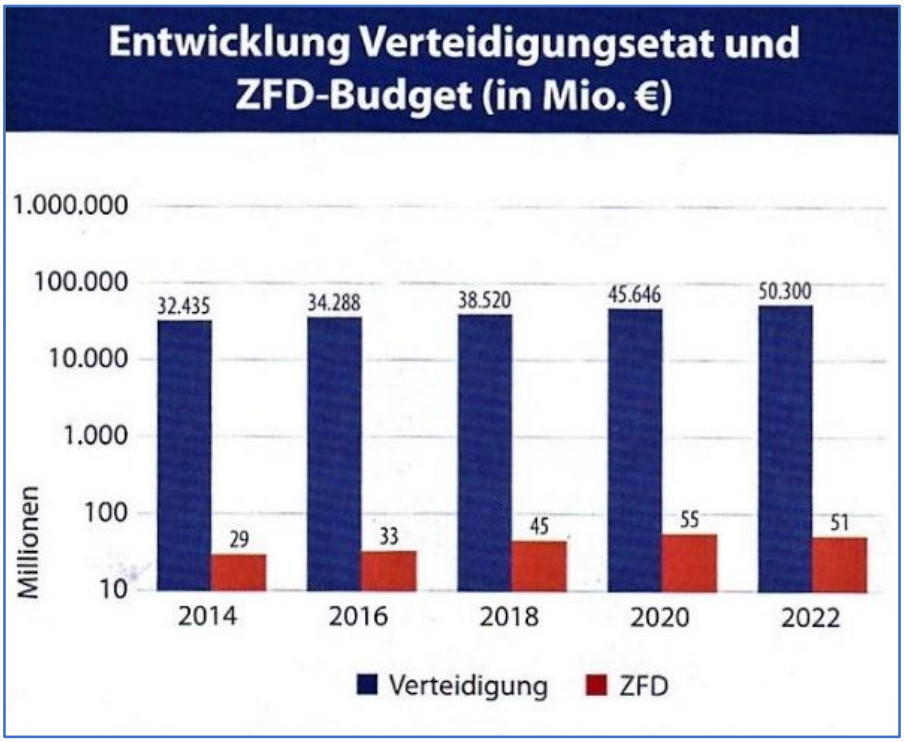
---

[13] Thomas Ruttig, Afghanistan 2001 – 2021 – Zur Entwicklung der Taleban und al-Quaeda seit 9/11, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 28 – 29 / 2021, S. 49 – 54, hier: S. 53.

[14] Vgl. hierzu Özgün Emre Koç, Die Furcht vor den Taliban, in: taz vom 7.9.2021, S. 15: „Der Wert von Afghanistans Bodenschätzen wird auf nahezu eine Billion US-Dollar geschätzt. Es sind vor allem Eisen, Kupfer und Gold, dazu eines der weltweit größten Lithiumvorkommen, das für Chinas Hightechindustrie von vitaler Bedeutung ist.“

[15] Ganz im Sinne von Mahatma Gandhi und Martin Luther King schrieb auch Michail Gorbatschow: „Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen und friedliche Konfliktlösung müssen im Regelwerk des Völkerrechts zu Kernpunkten werden.“ (Michail Gorbatschow, Kommt endlich zur Vernunft! – NIE WIEDER KRIEG, Salzburg und München 4. Auflage 2017, S. 13.

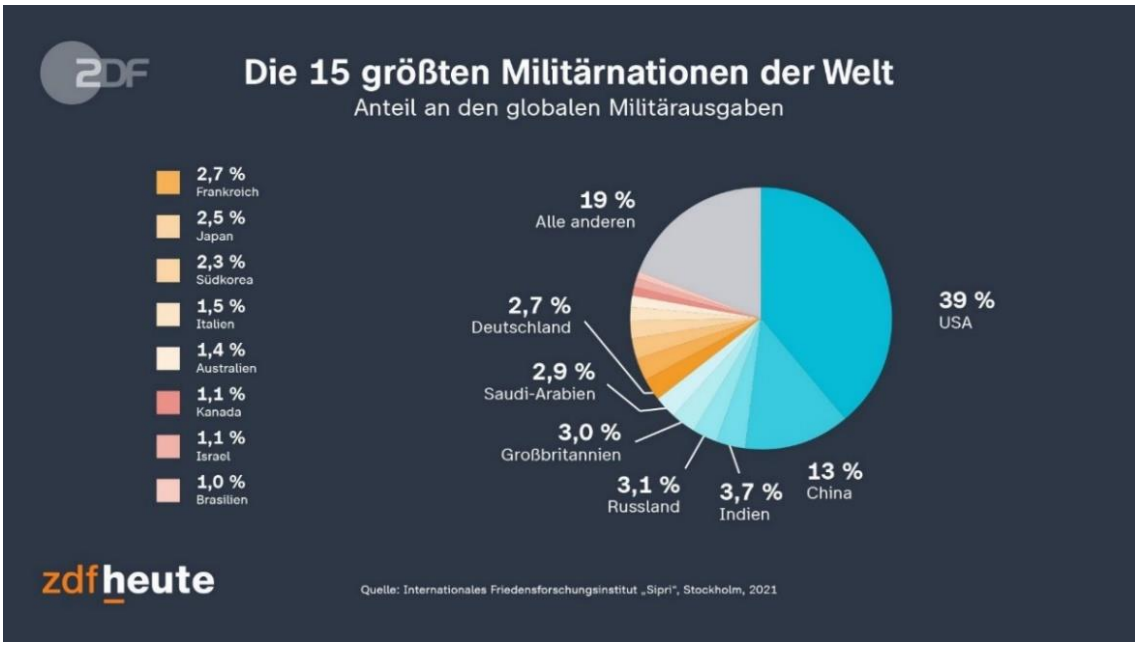
Wie groß das Übergewicht der militärischen gegenüber der zivilen Logik in Deutschland bislang noch ist, zeigt eine vom „Forum Ziviler Friedensdienst“ erstellte Grafik[16]:



Für das Militär gibt Deutschland also etwa das 1.000-fache dessen aus, was für die zivile Konfliktlösung bereitgestellt wird. Und das weltweite Ausmaß der Dominanz des Militärischen zeigt eine Grafik „Die 15 größten Militärnationen der Welt“, die auf Angaben des Stockholmer Friedensforschungs-Instituts SIPRI beruht. Sie zeigt die prozentualen Anteile dieser 15 Staaten an ihren gesamten Militärausgaben in Höhe von insgesamt 1.981 Milliarden US-Dollar, also von knapp 2 Billionen US-Dollar im Jahr 2020[17]:

[16] Quelle: www.forumZFD.de

[17] Veröffentlicht auf der Website https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/sipri-bericht-militaer-ausgaben-steigen-100.html (aufgerufen am 14.3.2022).



Zum Gesamtbild gehört außerdem der schändliche Handel mit Waffen. Der kritische Satz „Deutsche Waffen und deutsches Geld morden mit in aller Welt" mag abgegriffen wirken; aber er ist dennoch aktuell. Nachdem die Große CDU/SPD-Koalition im Jahr 2019 noch Rüstungsexporte für etwas mehr als 8 Mrd. Euro genehmigt hatte, sank der Wert der deutschen Rüstungsexporte auf 5,8 Mrd. Euro, um im Jahr 2021 auf die Rekordsumme von 9,35 Mrd. Euro zu steigen.[18]

aus: Frankfurter Rundschau vom 18.1.2022
auf der Website https://www.fr.de/politik/ruestungsexporte-deutschland-waffen-agypten-hoechststand-neun-milliarden-euro-91244557.html

[18] Georg Mascolo, Schluss mit geheim – Deutschland liefert zu viele Rüstungsgüter, in: Süddeutsche Zeitung vom 4.2.2022; auf der Website https://www.sueddeutsche.de/meinung/waffenexporte-fregatten-ukraine-israel-bundessicherheitsrat-1.5520620 (aufgerufen am 15.3.2022). Vgl. auch die Website https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/ruestungsexporte-deutschland-rekord-ruestungsexportgesetz-101.html (aufgerufen am 15.3.2022).

Das Ausmaß der in weltweiter wirtschaftlicher Ungerechtigkeit wurzelnden politischen Konflikte zwischen mehr oder weniger mächtigen Staaten dürfte derzeit über das hinausgehen, was sich allein mit den Methoden der gewaltfreien Konfliktlösung befrieden lässt. Umso dringender ist die Aufgabe, das weltweite Konfliktpotenzial durch eine Schaffung gerechterer Strukturen in Wirtschaft und Politik schrittweise auf ein Maß zu verringern, bei dem die Gewaltspirale aus Militäraktionen und Wirtschaftssanktionen in eine gewaltfreie Verständigung und Versöhnung übergehen kann. Genau dies hat die auf tragische Weise in Machtkämpfe verstrickte Weltgemeinschaft jedoch während der ‚friedlichen' Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg sträflich versäumt. Afghanistan, der Irak, Syrien und der Jemen sowie mehrere afrikanische Länder haben entsetzlich hohe Preise für dieses Versäumnis bezahlt. So hat die afghanische Menschenrechtsaktivistin Shaharzad Akbar völlig recht mit ihren Worten: „Das Thema Gerechtigkeit und Menschenrechte haben die NATO-Staaten von Anfang an nicht ernst genug genommen."[19]

2 Der gegenwärtige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine

Als selbst ernannter Hüter der westlichen Werte von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hat sich der Westen nicht erst in den Jahren von 2001 bis 2021, sondern schon während des ganzen 20. Jahrhunderts in Korea und Vietnam sowie im Nahen und Mittleren Osten selbst diskreditiert[20] und das genau genommen schon seit dem Beginn der westlichen Moderne, deren ökonomisch-technischer Höhenflug von Anfang an mit der Ausbeutung von Menschen und Natur einherging – sowohl innerhalb Westeuropas und der USA als auch in den übrigen sog. ‚unterentwickelten' Teilen der Welt, wo oftmals Staatsgrenzen gemäß westlichen Interessen willkürlich festgelegt wurden. Diese Schattenseiten verdrängen Europa und die USA geflissentlich, wenn sie sich auch jetzt wieder während des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs von Russland gegen die Ukraine der ganzen Welt als Hort von Frieden und Demokratie präsentieren.

Die nach der historischen Wende vom Herbst 1989 vom Westen betriebene Politik der NATO-Osterweiterung gilt vielen – nicht zuletzt in Erinnerung an die

[19] Shaharzad Akbar, „Es bricht mir das Herz" – Interview in der Wochenzeitung „Das Parlament" Nr. 37 /2021, S. 9. Shararzad Akbar leitet die unabhängige Menschenrechtskommission Afghanistans (AIHRC).

[20] Vgl. hierzu Michael Lüders, Wer den Wind sät – Was westliche Politik im Orient anrichtet, München 2015, und ders., Hybris am Hindukusch - Wie der Westen in Afghanistan scheiterte, München 2022.

Gräueltaten Nazideutschlands in der Sowjetunion – als Bedrohung für russische Sicherheitsinteressen. So erinnerte Andreas Zumach an die frühzeitigen Warnungen von keineswegs linken US-amerikanischen Diplomaten wie George F. Kennan vor Ambitionen auf eine NATO-Osterweiterung.[21] Auch für den britischen Wirtschaftshistoriker Adam Tooze steht unter Berufung auf linke und auch auf konservative Autoren fest: „Es gibt keinen Grund zu zweifeln, dass für die Russen die NATO-Osterweiterung eine fundamentale Herausforderung darstellt."[22] Zugleich betrieben westliche Länder trotz der russischen Kriege in Tschetschenien und Georgien, des russischen Eingreifens in den Syrien-Krieg und trotz der Krim-Annexion im Glauben an einen Wandel durch Handel eine Art Appeasement-Politik gegenüber Russland. Nun hat sich diese in sich widersprüchliche, nicht nur aus westlichen Werten, sondern auch aus kapitalistischen Interessen zusammengesetzte Mischung aus Expansion und Appeasement als ein Irrtum erwiesen, seitdem Russland die Ukraine mit der Begründung angegriffen hat, dass sie Faschisten in die Hände gefallen sei und von ihnen befreit werden müsse.

Auch wenn einerseits die erdrückende militärische Dominanz von USA und NATO in der Welt offenkundig ist und auch wenn andererseits die russische Kriegführung mit der Bombardierung von Wohnhäusern, Schulen, Krankenhäusern und Theatern grauenhaft barbarisch ist und ein unermessliches Elend für bleibende und flüchtende Zivilist:innen verursacht[23], so ist die Welt durch den Krieg in der Ukraine keine grundsätzlich andere geworden, sondern sie ist am 24. Februar 2022 ‚nur' in einer neuen Variante der auch vorher schon von weltweiter Ungerechtigkeit und struktureller sowie offener Gewalt zerrissenen alten Welt erwacht. Und es ist müßig, einen Alleinschuldigen für den Krieg in der Ukraine benennen zu wollen, denn schon seit den Zeiten des Konflikts zwischen dem britischen Empire und dem russischen Zarenreich im 19. Jahrhundert agieren und reagieren beide Seiten inmitten der weltweit ungerechten Wirtschaftsstrukturen und der hochkomplexen politischen Machtkämpfe zwischen großen, mittleren und kleinen Mächten. Beide Seiten bzw.

---

[21] Andreas Zumach, Putins Krieg – Russlands Krise, in: Le Monde diplomatique März 2022, S. 1 und 4 – 5; auf der Website https://monde-diplomatique.de/artikel/!5830499 (aufgerufen am 15.3.2022).

[22] Adam Tooze, Diesen Krieg verstehen – Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 11.3.2022, S. 11. – Vgl. hierzu Andreas Buro, Karl Grobe und Clemens Ronnefeldt, Dossier VII: Der Ukraine-Konflikt – Kooperation statt Konfrontation (hrsg. von der Kooperation für den Frieden), Bonn 2014, S. 4 – 14.

[23] Nahezu 5 von mehr als 40 Millionen Einwohner:innen sind schon aus der Ukraine geflüchtet oder innerhalb des Landes auf der Flucht. Frauen, Kinder und Alte können vielfach fliehen, während Männer im ‚wehrfähigen' Alter das Land im Interesse der Landesverteidigung nicht verlassen dürfen. Im Gegensatz zu den viel beschworenen westlichen Werten sind Geflüchtete aus der Ukraine in der EU willkommener als Geflüchtete aus muslimischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. – Der russische Schriftsteller Dimitry Glukhovsky verweist darauf, dass seit Kriegsbeginn auch mehr als 200.000 Menschen aus Russland geflüchtet sind; vgl. ders., Es ist Putins Krieg, in: Das Parlament Nr. 12 vom 21.3.2022, S. 11

ihre politischen Führungen sind in diesem unentwirrbaren Geflecht nicht nur reagierende Opfer, sondern auch menschen- und naturverachtende Täter.

● Zum einen lässt sich die politische Führung Russlands von extrem nationalistischen Großreichphantasien von Philosophen wie Alexander Dugin leiten, der dem doppelzüngigen, liberalen und zugleich kapitalistischen Westen eine antiliberale „eurasische Idee" gegenüberstellt.[24] Der bulgarische Politologe und Putin-Kenner Ivan Krastev sprach in einem „Spiegel"-Interview davon, dass die „Scheinheiligkeit des Westens" geradezu zu einer „Obsession" der politischen Führung Russlands und ihres intellektuellen Umfelds geworden sei.[25] Genau genommen handelt es sich nicht um eine 100%ige Scheinheiligkeit des Westens, sondern um eine komplexe und in sich widersprüchliche Mischung aus liberalen Werten von Marktwirtschaft und Demokratie und sie beschädigenden kapitalistischen Wirtschaftsinteressen. Pauschal antiwestliche Ressentiments wie von Dugin und allzu vielen anderen reaktionären Ideologen der Vergangenheit und Gegenwart führten und führen immer wieder in antiaufklärerische und antimoderne Denkschablonen.[26] Sie verstellen den Blick für die auch von vielen progressiven Denker:innen übersehene Notwendigkeit, die liberalen westlichen Werte von Marktwirtschaft und Demokratie nicht voreilig zu verurteilen, sondern sie aus ihrer Verfilzung mit den mittlerweile globalisierten kapitalistischen Wirtschaftsinteressen zu lösen und Konturen einer Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus sichtbar zu machen.

● Zum anderen befeuert die politische Führung Russlands seit 2014/15 einen Bürgerkrieg in den ostukrainischen Regionen um Luhansk und Donezk und sie nutzt den Krieg in Syrien als Übungsgelände für die Erprobung von Strategien der Kriegführung mit neuen Waffensystemen, wobei sie keine Skrupel hat, das mörderische Assad-Regime zu stützen. „Der russische Militäreinsatz an der Seite des syrischen Diktators Baschar Assad wirkt fast wie die Blaupause für den Ukrainekrieg." (Karim El-Gawhary[27]). Grozny in Tschetschenien, Aleppo in Syrien sowie Mariupol in der Ukraine – die Muster der russischen Kriegführung weisen Ähnlichkeiten auf. Hinzu kommt noch Putins Unterstützung des belarussischen Diktators Lukaschenko und dessen gewaltsame Unterdrü-

---

[24] Micha Brumlik, Der Philosoph hinter Putins Ideologie, in: taz vom 5./.3.2022, S. 17. – Daniel Hechler, Putins Blaupause; auf der Website https://www.tagesschau.de/ausland/asien/russland-syrien-151.html (veröffentlicht am 6.3.2022, aufgerufen am 15.3.2022).

[25] Ivan Krastev, Putin lebt in historischen Analogien und Metaphern, in: Der Spiegel Nr. 11/2022 vom 11.3.2022; auf der Website https://www.spiegel.de/ausland/ivan-krastev-ueber-wladimir-putin-und-dessen-denken-feinde-und-verraeter-a-004ee834-f7e1-40a8-a2d0-e742eeaca979 (aufgerufen am 20.3.2022).

[26] Vgl. hierzu Karl-Heinz Ott, Verfluchte Neuzeit – Eine Geschichte des reaktionären Denkens, München 2022.

[27] Karim El-Gawhary, Déjà-vu in der Ukraine, in: taz vom 11.3.2022, S. 12.

ckung der Demokratiebewegung. Im Vergleich zu Russland, Belarus, China und anderen Diktaturen ist die Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit im Westen zweifellos sehr viel größer; aber auch im Westen wird sie – wie Edward Snowden, Julian Assange und andere Beispiele zeigen – auf subtile Weise von Machtinteressen ausgehöhlt.

Letztlich sind *alle* rivalisierenden großen, mittleren und kleinen Mächte auf tragische Weise im Guten wie im Bösen miteinander verflochten und so haben sie alle ihre Anteile an der großen Gesamtschuld und an den Kriegen als Niederlagen der ganzen Menschheit. Wie im Familienrecht sollte auch in der internationalen Politik das Zerrüttungs- anstelle des Schuldprinzips gelten. Und anstelle von pauschalisierenden Feindbildern bedarf es auf beiden Seiten unbedingt klarer Unterscheidungen zwischen den politischen Führungsebenen einerseits und dem „anderen Amerika" und dem „anderen Russland" andererseits.

3 Frieden schaffen mit noch mehr Waffen und gegenseitigen Bestrafungen? Realpolitische Reaktionen auf den Krieg in der Ukraine

Während der seit der friedlichen Wende vom Herbst 1989 vergangenen drei Jahrzehnte wurde es sträflich versäumt, den globalen Konfliktstoff schrittweise durch einen Abbau der strukturellen wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten zu entschärfen.[28] Und so ist es wieder einmal unumgänglich geworden, mit höchst unvollkommenen und in sich widersprüchlichen Mitteln der Realpolitik auf eine kriegerische Gewalteskalation zu reagieren.

Offenbar sind Wirtschaftssanktionen die einzig möglichen nicht-militärischen Maßnahmen; aber auch sie entstammen der traditionellen Gedankenwelt, in der das vermeintliche Recht von Stärkeren gilt. Darin glauben ‚Gute', ‚Böse' bestrafen zu können, ohne negative Rückwirkungen auf sich selbst oder Gegensanktionen befürchten zu müssen. Zudem zeigt die russische Forderung, sich nunmehr Energielieferungen in Rubel statt in Dollar bezahlen zu lassen, wie schnell Sanktionen eine regelrechte Sanktionsspirale analog zur

[28] Vgl. Helmut Creutz, Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 127. Folge 2001, S. 21 – 38; auf der Website https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-128-135.html (aufgerufen am 16.3.2022). – Werner Onken, Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit, Lütjenburg 2000; auf der Website https://www.werner-onken.de/files/modern_green/images/Onken.FRIEDEN.pdf (aufgerufen am 17.3.2022).

Rüstungsspirale in Gang setzen können.[29] Zudem sind Wirtschaftssanktionen auch zweischneidige Schwerter, die nicht nur politische Führungen, sondern auf beiden Seiten auch die breiten Bevölkerungen treffen.

Ebenso lässt sich in dieser tragisch verwickelten hochkomplexen Lage die Frage nicht eindeutig mit ja oder nein beantworten, ob Waffenlieferungen an die Ukraine richtig oder falsch sind. Nachdem der kaltblütige russische Überfall auf das Land ein unermessliches Leid über Millionen von flüchtenden und im Land bleibenden Menschen gebracht hat, wäre es einerseits falsch, die Ukraine einfach ihrem Schicksal zu überlassen und sich allein auf humanitäre Hilfen für die Überlebenden und auf spätere Wiederaufbauhilfen zu beschränken. Andererseits könnten die von der Ukraine verständlicherweise dringend erbetenen Rüstungslieferungen vielleicht ihre Abwehrkraft stärken, aber auch zu einer Verlängerung des Blutvergießens führen wie in dem sich in die Länge ziehenden Stellungskrieg während des 1. Weltkriegs. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ist so tragisch verworren, dass es in den Fragen der Sanktionen und der Rüstungslieferungen kein klares ‚richtig' oder ‚falsch' mehr gibt. Wohin sollen sie letztlich führen? „Im Raum zwischen zwei Übeln – einer Niederlage der Ukraine oder der Eskalation eines begrenzten Konflikts zum dritten Weltkrieg" bedarf es jedoch – wie der Philosoph Jürgen Habermas anmahnt – einer höchst besonnenen Risikoabwägung, die vor allem die Notwendigkeit eines „für beide Seiten gesichtswahrenden Kompromisses" im Blick behält.[30]

Zünglein an der Waage ist bei alledem das für beide Seiten existenzielle Interesse am Öl und Gas als den beiden noch immer nicht in ausreichendem Maße ersetzten fossilen Treibstoffen für die sog. ‚freien', aber in Wirklichkeit monopolkapitalistisch vermachteten Weltmärkte. Der Westen ist abhängig von Öl- und Gaslieferungen aus Russland. Russland erzielt seine Staatseinnahmen zu 43 % aus dem Verkauf von Öl und Gas.[31] Zum großen Teil finanziert es seinen Krieg mit den Verkaufserlösen, die es aus dem Westen erhält. „Täglich kommen umgerechnet 600 Millionen Dollar in Russland an. Das klingt statt-

---

[29] Während der Anfänge der sozial-liberalen, gemeinsamen deutsch-sowjetischen Entspannungspolitik hatte diese Energiepolitik während der 1970er Jahre durchaus ihren Sinn gehabt; vgl. dazu Manfred Kriener, Die Gas-Connection, in: taz vom 2./3.3.2022, S. 3; auf der Website https://taz.de/Energiegeschaefte-mit-Russland/!5842959/ (aufgerufen am 4.4.2022). Als sehr problematisch erweist sich nun jedoch die daraus im Laufe der Jahrzehnte entstandene Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energielieferungen.

[30] Jürgen Habermas, Krieg und Empörung, in: Süddeutsche Zeitung vom 29.4.2022, S. 12 – 13. – Vgl. hierzu die Offenen Briefe von namhaften Intellektuellen an Bundeskanzler Olaf Scholz, die gegen bzw. für Lieferungen von Angriffswaffen an die Ukraine plädieren; auf den Webseiten https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463 und https://www.tagesschau.de/inland/offener-brief-scholz-waffenlieferung-101.html (aufgerufen am 5.5.2022).

[31] Jens Südekum, „Moskau droht eine akute Situation", in: taz vom 3.3.2022, S. 9.

lich", aber es sind nach Angaben der Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann „nur vier Dollar pro Bürger. Das reicht nicht, um den Eindruck zu erwecken, dass keine Inflation drohe."[32] Wie jeder Krieg wird auch der Krieg Russlands gegen die Ukraine durch neu gedrucktes Geld finanziert und die daraus folgende Inflation wird die Armut vieler Menschen in Russland noch verschärfen. Als Folge der westlichen Sanktionen gegen Russland könnte dessen Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr um mehr als 10 % schrumpfen.[33]

Unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine soll nun die Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland verringert und die Energiewende vorangetrieben werden. Das geht jedoch nicht von heute auf morgen. Allen Ernstes wird in Deutschland diskutiert, ob die Laufzeit der letzten drei verbliebenen Atomkraftwerke unter diesen Umständen vielleicht doch noch einmal verlängert werden sollte. Wenn zudem kein russisches Gas durch die Nordstream-Pipelines mehr kommt und wenn es durch US-amerikanisches Fracking-Gas und durch Gas aus Katar ersetzt wird, entstehen lediglich andere, nicht minder umweltschädliche und politisch fragwürdige Formen der Energieabhängigkeit. Hinzu kommt, dass sowohl der Bau von Pipelines als auch Gastransporte mit Tankern große Umweltschäden verursachen.

Einmal mehr wird deutlich, wie tragisch verwickelt ökonomische und militärisch-politische Strukturen und Krisen sind und in welche Sackgasse nicht nur jahre-, sondern auch jahrzehnte- und jahrhundertelange ungerechte Strukturen von Wirtschaft und Politik die Welt hineinmanövriert haben. Und es wird deutlich, wie zerstörerisch sich diese ungerechten Strukturen auch noch auf die natürliche Mitwelt auswirken. Während der ersten Tage des Russland-Ukraine-Krieges veröffentlichte der UN-Klimarat IPCC einen neuen Bericht mit dem unmissverständlichen Fazit: „Die Erde steht kurz davor, in ein unkontrollierbares Klimachaos zu kippen, wenn nicht sehr schnell gegengesteuert wird." UN-Generalsekretär Guterres klagte bei der Vorstellung dieses IPCC-Berichts das „Versagen der Klimapolitik" an: „Die Weigerung zu entschlossenem Handeln ist kriminell. Die größten Emittenten der Erde machen sich der

---

[32] Ulrike Herrmann, Finanzielle Folgen des Ukraine-Krieges - Russland wird verlieren, in: taz vom 3.3.2022; auf der Website https://taz.de/Finanzielle-Folgen-des-Ukraine-Kriegs/!5835637/ (aufgerufen am 18.3.2022).

[33] Vgl. hierzu die Website https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/ukraine-wirtschaft-kriegsfolgen-schaeden-beziffert-bip-russland-infrastruktur-armut-101.html (aufgerufen am 12.4.2022). – Zu den ökonomischen Folgen des Krieges in der Ukraine vgl. auch die Kurzstellungnahme der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, auf der Website https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/kontext/controllers/document.php/1078.6/0/b20279.pdf (aufgerufen am 30.4.2022).

Brandstiftung an unserem einzigen Zuhause schuldig."[34] Zu dieser Brandstiftung gehören nicht nur die globalisierte marktwirtschaftlich-kapitalistische Wachstumswirtschaft, sondern als ihr Bestandteil auch der militärisch-industrielle Gesamtkomplex und die Führung von Kriegen in Afghanistan, im Irak, in Mali, im Sudan, im Jemen – und in der Ukraine.

Aus Angst vor einem Kollaps der Weltwirtschaft nahm zu Beginn des Krieges sofort die Bereitschaft der Politik zu, der Energiesicherheit den Vorrang vor dem Klimaschutz zu geben und zu einer überwunden geglaubten Außen- und Sicherheitspolitik zurückzukehren. In völliger Verdrängung des gerade erst erlebten Fiaskos des 20-jährigen Anti-Terror-Krieges des Westens im Mittleren Osten wurde in Deutschland unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine von einem auf den anderen Tag unisono von der rot-grün-gelben Regierungskoalition mit Zustimmung der Opposition ein „Sondervermögen" in Höhe von 100 Milliarden Euro (de facto handelt es sich um neue Schulden) allein für die Ausrüstung und Aufrüstung der deutschen Bundeswehr bereitgestellt. An den Börsen löste dies spontane Steigerungen der Kurse von Rüstungsaktien aus. Zum Vergleich: der während der Corona-Pandemie für 2022 angekündigte „Pflege-Bonus" soll sich gerade mal auf eine Milliarde Euro belaufen.[35]

Die parteiübergreifend diagnostizierte „Zeitenwende" und die lediglich durch einen äußeren Feind hergestellte Einigkeit von Regierung und Opposition sowie Europas erinnert in fataler Weise an das legendäre Wort des ehemaligen deutschen Kaisers Wilhelm II., der zu Beginn des Ersten Weltkriegs von sich sagte, er kenne „keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche". Und sie erinnert auch an die Zustimmung der damaligen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten, die zur Spaltung in SPD und USPD führte. Angesichts des ohnehin schon erdrückenden Übergewichts des westlichen Anteils an den weltweiten Militärausgaben ist fraglich, ob dieses 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr die westliche Sicherheit noch in nennenswertem Umfang erhöhen kann. Dennoch besteht auch noch eine parteienübergreifende Einigkeit, in Zukunft alljährlich 2 % der deutschen Wirtschaftsleistung für das Militär auszugeben (ca. 80 Mrd. Euro) und dies auch noch im Grundgesetz festzuschreiben – obwohl das Militär erklärtermaßen nicht zum Einsatz kommen soll. Oder soll auch diese Prämisse noch im Handumdrehen über Bord geworfen werden? Tatsächlich brachte der CDU-Vorsitzende Fried-

[34] Vgl. hierzu Fabian Scheidler, Aufrüstung und Klimaschutz – Die Welt am Kipppunkt; auf der Website https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/aufruestung-und-klimaschutz-die-welt-am-kipppunkt-li.215529 (aufgerufen am 17.3.2022).

[35] Vgl. die Website https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/corona-bonus-pflegepersonal-bundesregierung-101.html (aufgerufen am 19.3.2022).

rich Merz schon die unverantwortliche, geradezu wahnsinnige Überlegung ins Gespräch, dass die NATO direkt in den Krieg in der Ukraine eingreifen könnte.[36]

Angesichts steigender Rüstungsausgaben im Westen und Äußerungen wie derjenigen von Friedrich Merz wird Russland mit eigenen noch höheren Militärausgaben reagieren, was die Armut der eigenen Bevölkerung nochmals verschlimmern wird. Dabei sprechen alle historischen Erfahrungen eindeutig gegen die Erwartung, dass Sieger oder Verlierer mit noch mehr Waffen einen dauerhaften Frieden schaffen könnten. Ein auf diese Weise erreichter ‚Frieden' kann immer nur eine trügerische Vorkriegsruhe sein, in der die Verlierer nach Revanche trachten und in der die Sieger auf die Sicherung ihrer Kriegsbeute bedacht sind. Darum führt der derzeitige Sprechgesang von einer verbesserten militärischen Wehrhaftigkeit des Westens in die Irre. Das Vertrauen in die nach 1945 entwickelten außenpolitischen Verträge und das sog. Kaputtsparen der Bundeswehr während der vergangenen Jahre waren durchaus keine Fehler. Es ist nur eine zweifache große Tragik, dass

- der Westen es versäumt hat, diesen Vertragswerken in seinem eigenen Einflussbereich ein gerechteres wirtschaftspolitisches Fundament zu geben und damit seine eigene innere Friedlosigkeit schrittweise zu überwinden, und

- dass die russische Führung all dies – wie zuvor schon der Westen auf dem Balkan und im Mittleren Osten – gegenwärtig mit ihrem Angriff auf die Ukraine mit Füßen tritt und sich damit als Brandbeschleuniger einer weltweiten Militarisierung erweist. Dennoch ist und bleibt es grundfalsch, die pazifistische Hoffnung auf ein „Frieden schaffen zunächst mit weniger und danach ohne Waffen" als naive Schwärmerei abzutun. Außerdem stehen alle in West und Ost nochmals erhöhten Militärausgaben in einem eklatanten Widerspruch zum dringend gebotenen Schutz des Weltklimas. Die Kriege in Syrien und im Jemen und der Krieg Russlands gegen die Ukraine sowie die dadurch ausgelösten nächsten west-östlichen Drehungen der Rüstungsspirale sind gerade in Zeiten einer dramatische Formen annehmenden Überhitzung des Weltklimas ein gigantischer Frevel an der ganzen Erde.

[36] Vgl. die Website https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/merz-haelt-nato-eingreifen-fuer-nicht-ausgeschlossen-ukraine-krieg-17852872.html (aufgerufen am 9.3.2022).

4 Von der militärisch orientierten Realpolitik zu ziviler Konfliktlösung und zur Perspektive eines gerechten Friedens

Wie schon mehrere Male während des Kalten Krieges hängt die Welt wieder an einem seidenen Faden und Unwägbarkeiten entscheiden darüber, ob dieser Faden hält und anschließend wieder gestärkt werden kann oder ob er reißt und die sich selbst zerfleischende Welt in einen Abgrund stürzt. Beschossen wurde bereits ein ukrainisches Atomkraftwerk.[37] Droht vielleicht auch noch eine Gewalteskalation mit Atom-, Bio- und Chemiewaffen?

Ähnlich unwägbar wie diese Risiken ist, wie lange Russland seinen Angriffskrieg und ein etwaiges Besatzungsregime in der Ukraine durchhalten kann. In diesem Zusammenhang erinnerte Ulrike Herrmann an die immensen Kosten der US-Besatzung im Irak, die sich bis 2011 nach Berechnungen des US-amerikanischen Ökonomen Joseph Stiglitz und seiner Kollegin Linda Bilmes auf rund 3 Billionen US-Dollar aufsummiert haben.[38] Aufgrund seines ohnehin begrenzten und durch die Sanktionen noch zusätzlich geschwächten wirtschaftlichen Potenzials ist es ungewiss, ob Russland eine längere Okkupation finanzieren kann und ob es jemals in der Lage sein wird, Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen. Ungewiss sind auch die wirtschaftlichen Folgen der massenhaften Zerstörungen von Gebäuden und Infrastrukturen u.a. für die Ernährung der Menschen in der Ukraine und in anderen Ländern. Zu befürchten sind eine Halbierung der ukrainischen Wirtschaftsleistung, eine Verarmung großer Teile der Bevölkerung und ein zunehmender Hunger in anderen Teilen der Welt infolge eines Rückgangs der ukrainischen Getreideexporte.[39]

Momentan gibt es nur die Hoffnung auf baldige Waffenstillstände in Russland und anderen Kriegsgebieten und darauf, dass sich Politiker:innen im Westen, in Russland und in der umkämpften Ukraine, in Syrien, im Jemen und andernorts im Laufe ihrer ermüdenden und sinnlosen Kämpfe auf Druck ihrer Bevölkerungen an Verhandlungstische setzen – an runde wie in der DDR 1989/90 und nicht an endlos lange ovale Tische wie in Moskau, wo Putin und

---

[37] In der Ukraine gibt es 15 Atomkraftwerke an vier Standorten; vgl. Christine Schweitzer, NATO-Ukraine-Russland – Situation und Auswege aus der Sackgasse. Minden: Informationsblätter des Bundes für Soziale Verteidigung, Februar 2022, S. 5.

[38] Vgl. Ulrike Herrmann, Finanzielle Folgen des Ukraine-Krieges - Russland wird verlieren, in: taz vom 3.3.2022; auf der Website https://taz.de/Finanzielle-Folgen-des-Ukraine-Kriegs/!5835637/ (aufgerufen am 18.3.2022). Joseph Stiglitz & Linda Bilmes, Die wahren Kosten des Irak-Krieges – Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts, München 2008.

[39] Vgl. dazu Angaben der Weltbank auf der Website https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/ukraine-wirtschaft-kriegsfolgen-schaeden-beziffert-bip-russland-infrastruktur-armut-101.html (aufgerufen am 12.4.2022).

seine Gäste weit voneinander entfernt saßen. Doch wird es nach diesen tiefen Wunden Zeit brauchen, bis die Menschen in den verfeindeten Staaten wieder neues gegenseitiges Vertrauen aufbauen können. Vorerst ist Russland kein Mitglied mehr im Europarat und auch innerhalb der Vereinten Nationen in eine völlige Isolation geraten. Von 193 Mitgliedstaaten haben nur Belarus, Nordkorea, Syrien und Eritrea den Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht verurteilt. Selbst China, Indien und der Iran oder Kuba und Nicaragua, die ansonsten oft Russland unterstützt haben, haben sich bei der Resolution gegen diesen Krieg enthalten.[40]

Trotz des russischen Überfalls auf die Ukraine, trotz des unermesslichen Leids von Soldaten und Zivilbevölkerung und trotz der gigantischen Zerstörungen von Gebäuden und Infrastrukturen werden sich die Konfliktparteien hoffentlich in Zusammenarbeit mit den UN und der OSZE sowie mit politischen und zivilgesellschaftlichen Versöhnungsinitiativen wieder einander annähern. Sie werden sich hoffentlich gemeinsam an die von aufgeklärten Philosophen wie Immanuel Kant postulierte und nach 1945 vorübergehend erfolgreich praktizierte Einsicht erinnern, dass sich ein „Friedenszustand unter Menschen" – selbst wenn sie ein „Volk von Teufeln" wären, die „in ihren Privatgesinnungen einander entgegenstreben" – und ein Weltbürgertum einzig und allein mit Rechtsbewusstsein und vernunftgeleiteten Verhandlungen herbeiführen lassen. Schon Kant war sich sicher, dass der Krieg nur von außen „auf die menschliche Natur gepfropft zu sein scheint" und dass „die Natur … unwiderstehlich … will, dass das Recht zuletzt die Obergewalt erhalte."[41] Und damit das Recht einmal das letzte Wort gegenüber der Macht und Gewalt bekommen kann, bedarf es zusätzlich zur gegenwärtigen Realpolitik auch eines Ausblicks auf eine zukünftige gerechtere Ordnung des menschlichen Zusammenlebens als unverzichtbares wirtschaftliches Fundament von Frieden, Freiheit und Sicherheit.

Beim Ausstieg aus der Spirale der militärischen Gewalt und Gegengewalt könnte vor allem das Instrumentarium der gewaltfreien Konfliktlösung sehr hilfreich sein. Friedensorganisationen wie das „Forum Ziviler Friedensdienst" und die Initiative „Sicherheit neu denken" fordern darum sehr zu Recht, nicht die Militärausgaben auf Kosten der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit und die zivile Konfliktlösung weiter zu erhöhen, sondern öffentliche

[40] Andreas Zumach, Putins Krieg - Russlands Krise, in: Le Monde diplomatique März 2022, S. 1.
[41] Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden (1795), Stuttgart 1984/2008, S. 10, 29 und 31 – 32.

Gelder schrittweise von militärischen zu zivilen Konfliktlösungen umzuschichten.[42]

Bei Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine könnte es u.a. um eine Neutralisierung der Ukraine nach dem Krieg gehen. Von 1991 bis 2014 war sie schon einmal als politisches Ziel in der Verfassung des Landes verankert. Nach den Massenprotesten gegen den damaligen an Russland orientierten Präsidenten Janukowytsch auf dem Kiewer Maidan wurde dieses Ziel aus der Verfassung gestrichen, um zu einer stärkeren Annäherung der Ukraine nicht nur an die EU, sondern auch an die NATO überzugehen. Wie die nach dem Zweiten Weltkrieg neutral gebliebenen Staaten Finnland und Österreich könnte sich die Ukraine nach dem Krieg weiterhin westlich orientieren und sich wirtschaftlich mit der EU verbinden. Zugleich könnte sie sich zu einer langfristigen ‚Blockfreiheit' verpflichten und der NATO fernbleiben. Strittig wäre freilich noch die Zukunft der Krim und des Donbass. Ähnlich wie sich Deutschland früher wegen Elsass-Lothringen mit Frankreich und wegen Oberschlesien mit Polen bekriegt hat, so ist der Donbass mit seinem Kohlerevier sowie mit seinen Schwer- und Rüstungsindustrien zum Streitobjekt zwischen der Ukraine und Russland geworden.[43]

Der Gedanke an eine Neutralität der Ukraine weckt Erinnerungen an ähnliche Vorstellungen von einem entmilitarisierten neutralen Gesamtdeutschland aus den ersten Jahren nach 1945. Noch 1952 wurden sie von Stalin unterstützt, bis die damalige westdeutsche CDU-Regierung unter Konrad Adenauer aus Angst vor dem sowjetischen Kommunismus eine einseitige Westanbindung und eine Wiederbewaffnung der BRD beschloss.[44] Ähnlich wie Stalin für das Nachkriegsdeutschland fordert heute Putin eine strikte militärische Neutralität für die Ukraine. Ob die auf den ersten Blick sympathische Vorstellung eines entmilitarisierten und neutralen Deutschlands sich damals als Friedensgarant erwiesen hätte und ob sie sich gegenwärtig als Friedensgarant für die Ukraine erweisen würde – vielleicht mit einer kantonalen Struktur wie in

---

[42] Vgl. die Website des ForumZFD https://www.forumzfd.de/de/noch-mehr-militar-kann-nicht-die-antwort-sein (aufgerufen am 22.3.2022) und die Website der Initiative „Sicherheit neu denken" https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/273132/snd-impulse-fuer-eine-entschlossene-und-besonnene-reaktion-auf-putins-krieg-19.03.2022.pdf (aufgerufen am 22.3.2022). Vgl. auch den von vielen Menschen aus Politik und Zivilgesellschaft unterzeichneten Aufruf auf der Website https://derappell.de/ (aufgerufen am 25.3.2022).

[43] Lutz Herden, Neutralität der Ukraine – Ein möglicher Kompromiss, in: der Freitag Nr. 11/2022 (auf der Website https://www.freitag.de/autoren/lutz-herden/ukraine-krieg-moeglicher-kompromiss (aufgerufen am 22.2.2022). Finnland trat seinerzeit große Teile Kareliens an die Sowjetunion ab.

[44] Einen großen Anteil an diesen Bestrebungen hatten seinerzeit Gustav Heinemann von der damaligen Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), der später in die SPD eintrat und von 1969 bis 1974 Bundespräsident war. – Vgl. hierzu Rainer Dohse, Der Dritte Weg - Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland 1945-1952, Hamburg 1974.

der Schweiz und unter einer Schirmherrschaft der Vereinten Nationen? – , bleibt jedoch ungewiss. Damals wie heute wäre nämlich ein neutrales, entmilitarisiertes Land mitten in Europa zwischen den weiterhin rivalisierenden westlichen und östlichen Machtgebilden eine stets gefährdete Nahtstelle, die bei wechselnden Spannungen zwischen dem Westen und Russland sowie bei Spannungen innerhalb des gesamten ungleichen weltwirtschaftlichen Gefüges jederzeit reißen könnte. Hinzu kommt, dass es sich nicht um Spannungen zwischen etwa gleich starken Mächten handelt, die sich gleichermaßen abschrecken, sondern um Spannungen auf einem abschüssigen Gefälle zwischen dem wirtschaftlich und militärisch stärkeren Westen und dem in beiderlei Hinsicht schwächeren Russland. Ähnlich wie Deutschland vor 1945 lange Zeit ökonomisch geteilt war in einen industriekapitalistischen Westen und in agrarfeudalistisch geprägte Gebiete östlich der Elbe, so besteht auch heute ein ökonomisches Gefälle zwischen den westlich orientierten und den russisch orientierten Teilen der Ukraine. Der durch Europa gehende ökonomische Spalt hat sich also von der Mitte Deutschlands weiter nach Osten verlagert und geht nun durch die westlich und östlich orientierten Teile der Ukraine.

Wenn der Westen weiterhin in seinen ungerechten, die Marktwirtschaft kapitalistisch pervertierenden Strukturen von Wirtschaft und Politik verbleibt und wenn Russland vielleicht weiterhin eher autokratisch als demokratisch regiert wird und seine Wirtschaft von Oligarchen und (Energie-)Konzernen dominiert bleibt, könnte es auch im Falle einer militärischen Neutralisierung der Ukraine auf Seiten Russlands weiterhin Ängste vor deren noch stärkerer wirtschaftlicher und politischer Westorientierung geben. Wenn die Ukraine zwar definitiv nicht in die NATO, aber in die EU aufgenommen würde – dieser Wunsch wird gerade durch die Kriegserfahrungen noch bestärkt – , könnten sich weitere Spannungen im ungleichen Kräfteverhältnis zwischen dem Westen, der Ukraine und Russland (und China) ergeben, weil einer entmilitarisierten und politisch neutralisierten Ukraine (wie auch ihren westlichen und östlichen Nachbarn) weiterhin eine wirtschaftliche Neutralität in Gestalt einer von monopolkapitalistischen Vermachtungen befreiten Marktwirtschaft fehlt.[45]

Auch in einer militärisch neutralisierten Ukraine könnten trotz eines im September 2021 von der Regierung Selenskyj beschlossenen Anti-Korruptionsgesetzes bis auf Weiteres ukrainische Oligarchen einen dominierenden Einfluss auf die Landwirtschaft und Industrie sowie auf die Politik und die Medien

[45] Vgl. den Kommentar von Olexiy Haran, Wie hat sich die Ukraine seit der Unabhängigkeit entwickelt?, auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/341251/kommentar-wie-hat-sich-die-ukraine-seit-der-unabhaengigkeit-entwickelt/ (aufgerufen am 30.3.2022).

des Landes ausüben.[46] Damit verbunden wäre weiterhin eine Beherrschung der ukrainischen Märkte, besonders in der Agrarwirtschaft, durch ein Geflecht aus Oligarchen und internationalen Konzernen, die die ukrainischen und andere „Kornkammern der Welt" nach ihren agrarindustriellen Interessen formen. So hat seit dem Übergang der politischen Macht von dem an Russland orientierten zum westlich orientierten Lager vor allem das im Interesse der multinationalen Agrarkonzerne liegende Landgrabbing in der Ukraine riesige Ausmaße angenommen. Unter anderem auf Druck der Weltbank öffneten „Bodenreform"-Gesetze Hintertüren, durch die ausländische Investoren Zugriff auf privatisiertes, offiziell nicht an Ausländer verkäufliches Agrarland in der Ukraine erhalten haben.[47]

Wenn wie bisher am nördlichen Rand Europas in Schweden und Finnland auch in der Ukraine mit ihrer Lage mitten in Europa unter Neutralität nur die militärische Blockfreiheit verstanden würde und nicht zugleich auch eine wirtschaftliche Neutralität im Sinne einer nicht mehr kapitalistisch deformierten, also monopolfreien Marktwirtschaft, dann bliebe auch eine militärisch neutrale Ukraine eine stets gefährdete Nahtstelle zwischen dem mächtigen kapitalistischen Westen und einem weniger mächtigen kapitalistisch-oligarchischen Russland. Erfahrungsgemäß sind Rüstungswettläufe und Kriege nicht nur die „bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", wie der preußische Militär Carl von Clausewitz schon vor 200 Jahren meinte[48], sondern sie sind auch der militärische Wurmfortsatz der erbarmungslos-sozialdarwinistischen wirtschaftlichen Kämpfe ums Dasein zwischen Stärkeren und Schwächeren auf monopolkapitalistisch und oligarchisch vermachteten (Welt-) Märkten.

---

[46] Vgl. hierzu Ivo Mijnssen, Die Oligarchen sind Feinde und Helfer der ukrainischen Demokratie, in: Neue Zürcher Zeitung vom 28.3.2019, auf der Website https://www.nzz.ch/meinung/ukraine-oligarchen-sind-feinde-und-helfer-der-demokratie-ld.1468638?trco=21021291-05-18-0001-0004-009651-00000009&s_kwcid=AL%216521%213%21514185926100%21%21%21s%21%21&gclid=EAIaIQobChMIg5Kq1MDh9gIV44ODBx231gfUEAAYAyAAEgI7hPD_BwE (aufgerufen am 29.3.2022) und Ohne Verfasser, Ukrainisches Parlament stimmt für Oligarchen-Gesetz, in: Zeit-Online vom 23.9.2021, auf der Website https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-09/ukraine-parlament-oligarchen-gesetz-beschluss (aufgerufen am 29.3.2022).

[47] Die Menschenrechtsorganisation FIAN machte schon frühzeitig auf die Gefahren des nach der Weltfinanzkrise von 2008 einsetzenden Landgrabbings aufmerksam: Landkonzentration und Landgrabbing in Osteuropa, auf der Website https://fianat-live-7318544636224c40bb0b0af5b09-745b6a8.divio-media.net/filer_public/43/71/43714506-3d04-4e8c-9dab-7941f0b4cbd7/fian-landgrabbing-osteuropa.pdf (aufgerufen am 30.3.2022). – Vgl. auch Sabine von Löwis, Der Verkauf von Agrarland in der Ukraine, in: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien ZOiS (Hrsg.), ZOiS-Spotlights Nr. 1/2019, auf der Website https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-spotlight/2019/der-verkauf-von-agrarland-in-der-ukraine (aufgerufen am 30.3.2022). - Igor Ostapchuk und Taras Gagalyuk, Zum Akquisitionsverhalten ukrainischer Agrarholdings: Strategien, Auswirkungen und Perspektiven, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Ukraine-Analysen Nr. 259 vom 10.1.2022, auf der Website https://www.bpb.de/medien/346059/UkraineAnalysen259.pdf?download=1 (aufgerufen am 30.3.2022).

[48] Carl von Clausewitz, Vom Kriege (1832/34), Buch 1, Kapitel 1, Abschnitt 24.
auf der Website http://www.clausewitz.com/readings/VomKriege1832/TOC.htm#TOC (aufgerufen am 30.3.2022).

Wenn also ein dauerhafter Frieden nicht nur in die Ukraine, sondern in die Welt einziehen soll, dann muss die globale West-Ost-/ und Nord-Süd-Schieflage mit ihrem 500 Jahre lang im Westen bzw. Norden aufgetürmten ‚Hochgebirge' aus akkumulierter und konzentrierter ökonomisch-politischer Macht und den in mehrere Richtungen abfallenden ‚Mittelgebirgen', ‚Tälern' und ‚Ebenen' Südamerikas, Afrikas und Asiens nach und nach eingeebnet werden.[49] Die Notwendigkeit einer solchen großen Transformation der monopolistisch und oligarchisch deformierten, ebenso unfriedlichen wie umweltzerstörerischen kapitalistischen Marktwirtschaft in eine freie und zugleich auch gerecht geordnete Marktwirtschaft und offene Weltbürgergesellschaft ist die große Herkulesaufgabe, vor der die Menschheit nach vielen Jahrhunderten der Kriege und der vordergründig friedlichen Zwischenkriegszeiten steht. Diese Notwendigkeit hat Michail Gorbatschow während der zweiten Hälfte der 1980er Jahre geahnt und für sie hat er damals tragischerweise kein Verständnis bei westlichen Politikern gefunden. So blieb nach dem vermeintlichen „Ende der Geschichte" (Francis Fukuyama) eine nur scheinbar friedliche, aber de facto schwelend explosive Weltlage bestehen. In ihr wurde von mehreren Seiten ‚mit dem Feuer gespielt', bis es am 24. Februar 2022 durch den Angriff Russlands auf die Ukraine zu einem erneuten großen Gewaltausbruch kam. Angesichts dieses Krieges mahnt der bulgarische Politologe Ivan Krastev in Erinnerung an Gorbatschow sehr zu Recht: „Wir sollten nicht wieder denselben Fehler machen wie 1989. Damals glaubten wir, dass der Osten sich stark verändern würde, aber nicht der Westen. Jetzt wird sich Russland dramatisch verändern, aber wir auch."[50]

Wenn es also aus Anlass des russischen Überfalls auf die Ukraine für die Politik und Friedensforschung wieder einmal notwendig geworden ist, die Kriegsursachen zu ergründen, Kriegsverbrechen zu dokumentieren und zu sühnen sowie Wege in eine neue, wiederum auf Verträgen aufgebaute Außen- und Sicherheitspolitik zu suchen[51], dann sollten Wissenschaften und Zivilgesellschaft, Friedensforschung und Friedensbewegung anmahnen, was sie in

---

[49] Bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Herbst 2022 erinnerte die Preisträgerin Tsitsi Dangarembga, Schriftstellerin aus Simbabwe, an die Notwendigkeit, die „hierarchischen Denkweisen", die die „gewaltsame Weltordnung" Jahrhunderte lang gestützt haben, zugunsten einer „neuen Aufklärung" zu verändern; vgl. Dangarembgas Dankesrede auf der Website https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/alle-preistraeger-seit-1950/2020-2029/tsitsi-dangarembga (aufgerufen am 30.4.20229.

[50] Ivan Krastev, Putin lebt in historischen Analogien und Metaphern, in: Der Spiegel Nr. 11/2022 vom 11.3.2022; auf der Website https://www.spiegel.de/ausland/ivan-krastev-ueber-wladimir-putin-und-dessen-denken-feinde-und-verraeter-a-004ee834-f7e1-40a8-a2d0-e742eeaca979 (aufgerufen am 20.3.2022).

[51] Vgl. hierzu die Anregungen des „Hamburger Instituts für Friedensforschung" (IFSH) auf der Website https://ifsh.de/news-detail/der-russische-angriff-auf-die-ukraine-kurzanalysen-des-ifsh (aufgerufen am 4.4.2022).

der Vergangenheit auch selbst weitgehend versäumt haben[52] – nämlich die schrittweise Schaffung von sozialer Gerechtigkeit als Fundament einer europäischen und globalen Friedensordnung.

5 Eckpunkte eines gerechten Friedens

Voraussetzung für einen gerechten Frieden innerhalb einzelner Länder und der ganzen Weltgemeinschaft ist die gegenseitige Achtung der Würde aller einzelnen Menschen, ihrer uneingeschränkten Rechtsgleichheit vor den Gesetzen und – was bislang nur unzureichend mitbedacht wurde – ihrer nicht durch Privilegien und Benachteiligungen eingeschränkten gleichen Teilhabe an allen natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen. Dazu gehören der Boden, die Ressourcen und die Erdatmosphäre sowie die Geld- und die Realwirtschaft. An der gleichen Teilhabe aller Menschen an all diesen Lebensgrundlagen mangelt es bislang in einem hohen, Unfrieden schaffenden Ausmaß. Sowohl beim Zugang zu Boden, Ressourcen und Luft als auch beim Zugang zur Geld- und Realwirtschaft gibt es strukturelle Privilegien, die die Menschenfamilie in Begünstigte und Benachteiligte aufspalten und zersplittern. Dabei stehen sich keine Klassen- oder Rassenkollektive feindselig gegenüber, sondern der Riss geht durch jeden einzelnen Menschen hindurch, so dass alle Menschen in unterschiedlichem Umfang zugleich Gewinner und Verlierer in der monopolkapitalistisch und oligarchisch pervertierten Marktwirtschaft sind. Und der unerkannte strukturelle Charakter dieser Privilegien führt mittelbar zur Projektion persönlicher Verletzungen durch die ungerechten Strukturen auf pauschalisierende äußere Feindbilder wie ‚die Amerikaner', die ‚Russen', ‚die Juden', ‚die Muslime', ‚die Banken', ‚die Kapitalisten' usw. Um diese Spaltung und Zersplitterung der Menschenfamilie in sich archaisch bekämpfende Gruppen überwinden zu können, bedarf es struktureller Reformen in den Bereichen der Boden-, Ressourcen- und Klimapolitik sowie der Geldordnung und der Unternehmensverfassungen, durch die die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen von Handelswaren, Kapitalgütern und Spekulationsobjekten zu Gemeinschaftsgütern werden.

[52] Ein solcher über die pragmatische Realpolitik hinausgehender realutopischer Ausblick auf eine den Frieden fördernde gerechtere Ordnung der Wirtschaft fehlt in den Kontroversen zwischen Bellizismus und Pazifismus, u.a. auch in der Stellungnahme von Jürgen Habermas zum Krieg in der Ukraine; vgl. ders., Krieg und Empörung, in: Süddeutsche Zeitung vom 29.4.2022, S. 12 – 13.

Was mit diesem Grundgedanken einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ an anderer Stelle ausführlicher dargelegt wurde[53], kann hier nur skizzenhaft angedeutet werden:

- Die private Nutzung von städtischem und ländlichem Boden sowie von den Ressourcen und der Erdatmosphäre soll in einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ möglich bleiben – aber nur gegen Entgelte, die auf verschiedenen nationalen und internationalen Ebenen an die Menschheitsfamilie zurückfließen. Da die natürlichen Lebensgrundlagen bei zunehmender Weltbevölkerung immer knapper werden, kann ihre private Nutzung nicht einfach unentgeltlich erfolgen. Als Mittel ihrer Zuordnung zu ihren jeweils passenden Nutzer:innen bedarf es Nutzungsgebühren, die bislang als Boden-, Ressourcen- und Klimarenten von einzelnen Privatpersonen, Staaten und Konzernen vereinnahmt werden. Diese privat angeeigneten Renten stehen jedoch der Allgemeinheit zu.

Im Falle des Bodens muss die Rente durch seine Vergesellschaftung (gegen Entschädigung) und anschließende Verpachtung oder bei Fortbestand des privaten Bodeneigentums durch eine steuerliche Abschöpfung zu Gunsten der Allgemeinheit entprivatisiert und entkapitalisiert werden. Im Hinblick auf das Landgrabbing in der „Kornkammer Ukraine“ würde dies bedeuten, dass die Agrarflächen entweder als öffentliches Eigentum von privaten Nutzer:innen entgeltlich gepachtet werden oder dass die auf privaten Agrarflächen erzielten Bodenrenten gemäß den Vorstellungen des US-amerikanischen Bodenreformers Henry George dem öffentlichen Haushalt der Ukraine statt den Oligarchen und internationalen Agrarkonzernen zufließen. In beiden Fällen könnte die entprivatisierte und entkapitalisierte Bodenrente für die Finanzierung von öffentlichen Gütern und insbesondere der öffentlichen Infrastruktur verwendet werden.[54]

---

[53] Vgl. hierzu Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung, München 3 Bände 2022. Vgl. die Website https://www.oekom.de/buch/marktwirtschaft-ohne-kapitalismus-9783962383763 und eine 17-seitige Zusammenfassung auf der Website https://www.werner-onken.de/files/modern_green/downloads/Dezentralisierung/Onken_Mw-o-Kap-Zusammenfassung_42.000-Zeichen.pdf

[54] Gerhard Senft (Hrsg.), Land und Freiheit – Zum Diskurs über das Eigentum an Grund und Boden in der Moderne, Wien 2013. - Dirk Löhr, Prinzip Rentenökonomie – Wenn Eigentum zu Diebstahl wird, Marburg 2013. - Dirk Löhr & Fred Harrison, Das Ende der Rentenökonomie - Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, Marburg 2017. – Gregor Schwerhoff & Ottmar Edenhofer & Marc Fleurbaey, Taxation of Economic Rents, in: Journal of Economic Surveys No. 2/2020, pp. 398 – 423; auf der Website https://onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1111/joes.12340 (aufgerufen am 5.4.2022). – Zum 1990/91 missglückten Versuch, Michail Gorbatschow mit Bodenreformüberlegungen bekannt zu machen, vgl. Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung Band 3, München 2022, S. 1040 – 1042. Im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg gibt es auch einen Brief von Tristan Abromeit an den russischen Präsi-

Im Rahmen ökologischer Begrenzungen dürfen auch die Ressourcen und die Erdatmosphäre zwar privat, aber nur noch gegen die Zahlung von Nutzungsentgelten in Anspruch genommen werden, die nach der Erfüllung ihrer Allokationsfunktion in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die Weltbevölkerung zurückzuerstatten sind. So wird diese Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen bei einer durchschnittlichen Nutzung im Ergebnis kostenlos sein - wie ein Geschenk, passend zum Charakter des gesamten menschlichen Lebens als Geschenk. Wer diese Lebensgrundlagen überdurchschnittlich in Anspruch nimmt, soll dafür entsprechend zahlen – wer sie unterdurchschnittlich nutzt, wird entsprechend für den schonenden Umgang mit den Lebensgrundlagen belohnt.

- Das Geld ist entgegen der standardökonomischen Lehrmeinung nicht nur ein hilfreiches Tausch- und Kreditmittel, das bloß wie ein neutraler Schleier über der Realwirtschaft liegt, ohne Einfluss auf reale Vorgänge zu haben. Zugleich ist es auch ein Mittel zur Ausübung von struktureller Macht über Menschen und Märkte und es gestattet Minderheiten von Menschen mit den unterschiedlichsten religiösen und kulturellen Wurzeln, auf Kosten von ebenfalls religiös und kulturell heterogenen Mehrheiten, aus Geld durch Zinsen, Dividenden, Patenteinnahmen usw. mehr Geld zu machen und große Geld- und Realvermögen aufzuhäufen. Karl Marx brachte dies auf die Formeln G – W – G‘ bzw. G – G‘.

Während der russische Dichter Fjodor Dostojewski zunächst nur die Funktion des Geldes als „geprägte Freiheit“ im Blick hatte[55], hob nach ihm der andere große russische Dichter Leo Tolstoi – er sympathisierte übrigens sehr mit den Bodenreformgedanken von Henry George[56] – die andere Seite des Geldes als Macht- und Herrschaftsmittel hervor: „Ich habe ein paar Bücher über Nationalökonomie gelesen und kann daher ruhig schlafen in dem Bewusstsein, dass alle Menschen frei sind und dass das Geld nichts zu tun hat mit der Unterjochung der Menschen. Die Bauern wussten es längst und drückten es in einem volkstümlichen Sprichwort aus, „dass der Rubel

---

denten Boris Jelzin vom 5.9.1990 mit Informationen über den Denkansatz einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ und eine Antwort von Jelzins Mitarbeiter Igor Nit (Leiter einer Expertengruppe Ökonomie) vom 2.12.1990 (Korrespondenzakten „A“ und „N“). – Vgl. außerdem eine russische Übersetzung des „Offenen Briefes an die Reformer:innen in Mittel- und Osteuropa“ in der in Moskau erschienenen Zeitschrift „ЭКО“ Nr. 4 (202) / 1991, S. 32 – 41. - Fritz Andres, Die Bodenfrage in Russland, in: Fragen der Freiheit Nr. 223/1993, S. 48 – 60; russische Übersetzung in der Istvestija Nr. 51/1993. - Nachdruck in: Fritz Andres, Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, Münster 2020, S. 218 – 228.

[55] Fjodor Dostojewski, Aufzeichnungen aus dem Totenhaus (1862), Frankfurt/M. 1971, S. 29.

[56] Leo Tolstoi, Die große Sünde (1905), in: ders., Philosophische und sozialkritische Schriften, Berlin-Ost 1974, S. 641–643 und 656–657.

schmerzlicher schlage als die Peitsche." Nur die Nationalökonomen wollten das nicht einsehen. „Die Behauptung, dass das Geld keine Unterdrückung ausübe, hat heute ebenso viel Anspruch auf Richtigkeit wie vor einem halben Jahrhundert die Behauptung, dass die Leibeigenschaft nicht bedrücke. Die Nationalökonomen sagen, dass das Geld, obwohl derjenige, der es besitzt, denjenigen, der es nicht besitzt, zum Sklaven machen kann, gleichwohl nur ein unschuldiges Tauschmittel sei."[57]

Im Schatten der großen ökonomischen Orthodoxien von Klassik/Neoklassik und Marxismus gibt es seit über 100 Jahren kleinere und viel weniger bekannt gewordene alternativökonomische Denkansätze nicht nur einer Boden-, sondern auch einer Geldreform. Ausgehend von dem Sozialreformer Silvio Gesell und dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes geht es darin um die Vorstellung, die dienende Funktion des Geldes als Tausch- und Kreditmittel zu erhalten, ihm aber seine die Gesellschaft spaltenden Funktionen als strukturelles Macht- und Spekulationsmittel zu nehmen. Während die Boden-, Ressourcen- und Klimarenten aufgrund natürlicher Knappheiten immer positiv sind und in gleichen pro-Kopf-Beträgen zurückverteilt werden müssen, lassen sich Geld- und Realkapitalrenditen schrittweise in Gleichgewichtslagen mit langfristigen Durchschnittsrenditen von null stabilisieren. Das Ziel von Geldreformbestrebungen ist es, das Geld so in ein lediglich dienendes Tausch- und Kreditmittel umzuformen, dass es im Hinblick auf die Art und den Umfang der Produktion sowie auf die Verteilung neutral wird und jeglichen eigenmächtigen Einfluss auf die Realwirtschaft verliert. Indem das Geld bei langfristigen Durchschnittsraten von Zins und Inflation in Höhe von null auch seine Akkumulations- und Konzentrationskraft einbüßt, entstehen ebenfalls Möglichkeiten für einen Übergang von großen Kapitalgesellschaften in viele kleinere und mittlere Einzelunternehmen und Genossenschaften sowie für eine Stabilisierung einer stagnierenden oder gar schrumpfenden Wirtschaft.[58]

- Neben den Einsichten, dass strukturelle Privilegien des Bodenprivateigentums und des konzentrierten Geld- und Realkapitals das Wirtschaftsleben in einen „bürgerlichen Wirtschaftskrieg" verwandeln und dass Kriege „eheliche Kinder unserer eigenen sozialen Zustände" sind, gab es bei Silvio Gesell kurz vor und nach dem Ersten Weltkrieg auch bereits erste Überlegungen über ei-

[57] Leo Tolstoi, Was ist Geld?, dt. von Anton Perloff, 4. Aufl. Berlin 1901, S. 61 – 62.

[58] Dieter Suhr, Gerechtes Geld, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie Nr. 3/1983, S. 323-339; Nachdruck in: Zeitschrift für Sozialökonomie 184./185. Folge 2015, S. 13-25; auf der Website https://dieter-suhr.info/files/luxe/Downloads/ZfSOe-184-185.Suhr-Gerechtes%20Geld.pdf (aufgerufen am 28.3.2022). – Fritz Andres, Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, Münster 2020, S. 346 – 434.

ne privilegienfreie internationale Währungsordnung.[59] Während des Zweiten Weltkriegs entwickelte der britische Ökonom John Maynard Keynes sein mit Gesells „Internationaler Valuta-Assoziation" verwandtes Konzept einer „International Clearing Union" als supranationaler Weltzentralbank, bei der alle Länder dieser Erde ein Konto für die Verrechnung ihrer Außenhandelsbeziehungen erhalten sollten. Verrechnet werden sollten ihre Ein- und Ausfuhren mit Hilfe einer neutral über allen einzelnen Landeswährungen wie Dollar, Pfund, Franc, Rubel usw. stehenden globalen Recheneinheit „Bancor". Und um alle weltweiten Handelsbeziehungen in ein dauerhaftes Gleichgewicht zu bringen, sollten nicht nur Schuldner wie gewohnt Zinsen für ihre Defizite bezahlen, sondern auch Gläubiger sollten entsprechende Gebühren für ihre Guthaben zahlen. Damit wären sowohl Schuldner als auch Gläubiger einem gleichen Druck ausgesetzt worden, ihren Außenhandel in ein Gleichgewicht zu bringen. Im Laufe einer längeren Übergangszeit hätte sich auf diese Weise der aus Kolonialzeiten stammende Nord-Süd-Gegensatz ausgleichen können, bis sich Menschen aus allen Teilen der Welt eines Tages auf gleicher ökonomischer Augenhöhe hätten begegnen können. Auf dieser Grundlage hätte sich ein weltoffener und zugleich nachkapitalistisch-marktwirtschaftlicher Welthandel mit einer stärker regionalen als globalen internationalen Arbeitsteilung und mit kürzeren Lieferketten entwickeln können. Auf der legendären Konferenz in Bretton Woods / New Hampshire (1944) wurde Keynes' Konzept jedoch verworfen und stattdessen ein US-amerikanischer Gegenantrag mit dem US-Dollar als globaler Leitwährung und den Institutionen von IWF, Weltbank und GATT/WTO beschlossen, der zur Vertiefung weltweiter Ungleichgewichte führen und zu einer entgrenzten kapitalistischen Globalisierung beitragen sollte.[60]

---

[59] Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld (1916), in: ders. Gesammelte Werke Band 11, Lütjenburg 1991, S. 55. – Ders., Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und die Überprüfung des Versailler Vertrags (1921), in: Gesammelte Werke Band 12, Lütjenburg 1992, S. 291 – 293. Beide Zitate ausführlicher auf der Website https://www.silvio-gesell.de/leseproben.html?file=files/luxe/img/Download-Dateien/Leseproben/Gesell-Leseprobe%2015%20-%20Krieg%20und%20Frieden.pdf&cid=200 – Ders. Internationale Valuta->Assoziation (1920), in: Gesammelte Werke Band 12, Lütjenburg 1992, S. 149 – 190.

[60] John Maynard (1943/1980): Proposals for an International Clearing Union (1943), in: Collected Writings Vol. XXV, Cambridge 1980, S. 168 - 195. (deutsche Übersetzungen von Jan Kregel in: Lettre International Nr. 2/1988, S. 39 – 48, und von Werner Liedke auf der Website http://www.postwachstumsoekonomie.de/wp-content/uploads/2008-12-10_Keynes-Bancor-Plan.pdf. – Thomas Betz, Keynes' Bancor-Plan reloaded, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 164./165. Folge 2010, S. 38 - 49, auf der Website http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-164-165_Betz.pdf. – Ders., Europa und die Welt – Keynes' Bancor-Plan als Grundlage für einen friedlichen Welthandel, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 198./199. Folge 2018, S. 45 – 54; auf der Website https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-199.html

● Schließlich brachte Gesell zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit seinem Bodenreformansatz auch schon erstmals die Überlegung einer internationalen Verwaltung der globalen Ressourcen ins Gespräch.[61] Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg trat er der Vorstellung entgegen, dass diejenigen Staaten, die Ressourcen unterhalb ihres Staatsgebiets entdecken, automatisch rechtmäßige Eigentümer dieser Ressourcen seien. „Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali. Denn jeder Mensch, gleichgültig, welchem Staate er angehört, hat das gleiche Recht auf die ‚englische Kohle', das ‚amerikanische Erdöl' und das ‚deutsche Kali'.[62]

Dementsprechend ist es falsch, heutzutage noch immer von ‚russischem Gas', ‚arabischem Erdöl', ‚chinesischen Seltenen Erden', ‚kongolesischem Coltan', ‚argentinischem Lithium' usw. zu sprechen. Diese Vorstellungen sind Ausdruck des großen Missverständnisses, dass die Ressourcen denjenigen Staaten gehören, unter deren Territorium sie sich befinden. Leider ist dieser Irrtum noch immer im Völkerrecht verankert. Im Völkerrecht werden souveräne Staaten als „Völkerrechts*subjekte*" charakterisiert – allerdings ohne Rücksicht auf deren demokratische oder autokratische Verfasstheit und auch ohne Blick dafür, dass auch in demokratischen Staaten Recht und Macht ineinanderfließen. Und es gibt noch keine ausreichende Verständigung über Völkerrechts*gegenstände*, über die die Staaten als „Völkerrechtssubjekte" verfügen dürfen.[63]

Die im Boden einzelner Staaten liegenden Ressourcen gelten zwar nicht explizit, aber de facto als Teil von deren territorialer Integrität. Von einer „Nutzung gemeinsamer natürlicher Ressourcen" ist nämlich nur in den Fällen die Rede, in denen „sich benachbarte Staaten eine natürliche Ressource teilen", zum Beispiel ein Gewässer. Von „Staatengemeinschaftsräumen" oder von einem „gemeinsamen Erbe der Menschheit" („common heritage of mankind") ist bislang nur im exterritorialen Sinne bei den Weltmeeren, der Arktis und Antarktis sowie dem Weltraum einschließlich des Mondes und neuerdings ansatzweise bei der Biodiversität und dem menschlichen Genom die Rede.

So wie es beim Boden bzw. den Grundstücken lukrative innerstädtische und weniger attraktive periphere Lagen gibt, deren unterschiedliche ökonomische Werte durch eine Entprivatisierung der Bodenrente nivelliert werden könnten,

---

61 Silvio Gesell, Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform (1906), in: Gesammelte Werke Band 4, Lütjenburg 1989, S. 78 – 79.

62 Silvio Gesell (1920), Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld (1920), in: Gesammelte Werke Band 11, S. 72.

63 Matthias Herdegen, Völkerrecht, 19. Auflage München 2020, S. 74 – 124. „Souveräne Gleichheit ist zunächst im Sinne einer formalen Gleichstellung aller Mitglieder der Staatenwelt zu verstehen." (S. 263)

so gibt es in manchen Ländern zufällig, d.h. ohne jeden eigenen Verdienst ihrer Bevölkerung, kostbare Ressourcenvorkommen und ebenso zufällig gibt es woanders rohstoffarme Länder. Da diese natürliche und rein zufällige Ungleichverteilung der globalen Ressourcen zur Grundlage der Weltwirtschaft geworden ist, konnten die globalen Ressourcen nur zu Objekten widerstreitender geostrategischer Interessen von Staaten werden, die entweder mehr Ressourcen verbrauchen als sie selbst haben, oder die davon mehr haben als sie selbst benötigen. Bislang fehlt im Völkerrecht die Einsicht, dass nicht nur die Ressourcen in den Weltmeeren, unterhalb des arktischen und antarktischen Polareises oder auf dem Mond, sondern sämtliche territorial unterschiedlich verteilten Ressourcen einschließlich des Weltklimas als Gemeinschaftsgüter der gesamten Menschheit und zukünftiger Generationen behandelt werden müssten, d.h. ihre private Nutzung dürfte nur gegen Nutzungsentgelte erfolgen, die an eine internationale Institution wie die Vereinten Nationen zu zahlen und in gleichen pro-Kopf-Beträgen an die gesamte Weltbevölkerung zurückzuzahlen wären.[64]

Davon ist das Völkerrecht noch weit entfernt. So konstatieren Völkerrechtler einerseits, dass „wirtschaftliche Konflikte einer starken Verrechtlichung zugeführt" worden seien, und andererseits kapitulieren sie vor der Tatsache, dass „Wirtschaftsblöcke von unterschiedlichem Gewicht entstanden" sind. Wie soll sich der „Primat des Völkerrechts gegenüber der Politik" durchsetzen lassen, wenn die globalen Ressourcen als feste Bestandteile der territorialen Souveränität der einzelnen Staaten und nicht als Menschheitsgüter angesehen werden, an denen ausnahmslos alle Menschen ein gleiches Teilhaberecht haben? Zudem gelten die 1944 in Bretton Woods anstelle von Keynes' Bancor-Plan für eine supranationale neutrale „International Currency Union" beschlossenen weltwirtschaftlichen Institutionen von IWF, Weltbank, GATT/WTO und dem US-Dollar als globaler Leitwährung im Völkerrecht noch immer als „Herzstück der modernen Welthandelsordnung".[65] Wie sollen Menschenrechte gewährleistet und die Umwelt vor Raubbau geschützt werden, wenn einzelstaatliche Ressourcenausbeutung und ein monopolkapitalistisch vermachteter ‚freier' Welthandel mit Waren, Dienstleistungen, Kapital und patentgeschütztem geistigem Eigentum miteinander Hand in Hand gehen und sowohl die Politik als auch das Völkerrecht unterminieren?[66]

---

[64] Fritz Andres, Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, Münster 2020, S. 15 – 133 und 229 – 316.

[65] Stephan Hobe, Einführung in das Völkerrecht, Tübingen 11. Auflage 2020, S. 317 – 348 und 445 – 449.

[66] Stephan Hobe, Einführung in das Völkerrecht, Tübingen 11. Auflage 2020, S. 401- 436 und 449. - Matthias Herdegen, Völkerrecht, 19. Auflage München 2020, S. 36 – 37, 48 und 62 – 63. – Auch das neuere Umweltvölkerrecht enthält keine Aussagen über Zugriffsrechte auf die Ressourcen, sondern es beschränkt sich auf Versuche,

Wenn es also im Hinblick auf die zukünftige Nutzung der Ressourcen der Erde gleiche Teilhaberechte aller Menschen statt zufällige Vor- und Nachteile und zu geringe Ressourcenpreise geben soll, muss die ganze Erde mit allen ihren Oberflächen, mit allen darunter liegenden Ressourcen und der ganzen darüber befindlichen Erdatmosphäre als ein gemeinschaftliches Erbe der gesamten Menschheit behandelt werden. Im Rahmen ökologischer Begrenzungen müssen ausnahmslos alle Menschen absolut gleiche Teilhaberechte bekommen und dieses elementare Menschenrecht lässt sich nur verwirklichen, wenn die je nach Bedarf und Lage der weltweiten Ressourcen unterschiedlich hohen Entgelte für ihre private Nutzung allesamt an ein globales Treuhandkontensystem zu zahlen sind und wenn sie von dort aus in gleichen pro-Kopf-Beträgen an alle auf dieser Erde lebenden Menschen zurückerstattet werden.

In neuerer Zeit trat der Philosoph Alexander von Pechmann mit dem Gedanken hervor, dass „die Vereinten Nationen in der Sphäre des Rechts der allgemein anerkannte Eigentümer der Erde sind, der das Recht und die Pflicht hat, in der Sphäre des Besitzes das weltweite System der Produktion und Konsumtion der nützlichen Güter nach dem Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit und die weltweite Verteilung der nützlichen Güter nach dem Prinzip der sozialen Verträglichkeit zum Wohl der lebenden wie der kommenden Generationen zu gestalten."[67]

6 Nochmals: Zeitenwende? Und wenn ja, wohin?

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stellt zweifellos eine große Erschütterung der nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten europäischen und globalen Sicherheitsarchitektur dar. Aber als weiterer Krieg in einer langen Reihe von Kriegen stellt er keine Zeitenwende dar und wirkt dennoch als ein Brandbeschleuniger für einen neuen großen Militarisierungsschub. Erfahrungsgemäß haben militärische „Lösungen" jedoch immer nur zu noch mehr menschlichem Leid, Hass, Terror, Gewalt und Naturzerstörung geführt.

---

entstandene Umweltschäden gemeinschaftlich zu regeln. Vgl. hierzu Stephan Hobe, Einführung in das Völkerrecht, Tübingen 11. Auflage 2020, S. 437 – 438. Hobe hält das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung für „wenig operabel", weil es „keine fest umrissene Gestalt" hat und „von großer inhaltlicher Weite" ist. (S. 447) – Trotz ihrer ideologischen Gegensätze glichen sich die Völkerrechtsvorstellungen von kapitalistischen und sozialistischen Staaten bis 1989 in dem Punkt, dass sie beide nicht an staatlichen Hoheitsrechten an den Ressourcen zweifelten; vgl. hierzu Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht beim Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR (Hrsg.), Völkerrecht 2 Bände, Köln 1973.

[67] Alexander von Pechmann, Die Eigentumsfrage im 21. Jahrhundert – Ein rechtsphilosophischer Traktat über die Zukunft der Menschheit, Bielefeld 2021, S. 143 – 208, hier: S. 159.

Es bleibt also – auch wenn Realpolitiker:innen dies als eine naive pazifistische Träumerei belächeln – am Ende nichts anderes übrig als die große Hoffnung, auf Erden Sicherheit und „Frieden schaffen zu können mit immer weniger und zuletzt ganz ohne Waffen" – durch gewaltfreie statt militärische Konfliktlösungen und durch die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit.

Statt dass die Staaten und die Vereinten Nationen inmitten der ungerechten und friedlosen Strukturen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik immer nur mit militärischer Gewalt sowie mit Resolutionen des von Vetomächten blockierten UN-Sicherheitsrats und mit Erste-Hilfe-Maßnahmen der UN-Hilfswerke auf Gewaltausbrüche reagieren und dabei nicht einmal alle dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angehören, könnte eine echte Zeitenwende im Sinne von John Maynard Keynes' wirtschaftspolitischem „Gezeitenwechsel"[68] darin bestehen, dass

a) einzelne Staaten mit der Schaffung gerechter Strukturen ihrer inländischen Wirtschaft und Politik beginnen und damit aus dem Teufelskreis der Machtkämpfe um Weltmarktanteile aussteigen und dass
b) die Vereinten Nationen als Verkörperung der Menschheitsfamilie die konstruktive Aufgabe bekommen, Gerechtigkeit und Frieden zu fördern, indem sie ihr Institutionengefüge um interessenneutrale Ordnungen der Verwaltung der globalen Ressourcenvorräte und des Weltklimas sowie der Weltwährung erweitern.[69]

Nach seinem brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine könnte schließlich nicht nur Russland als reumütiger Sünder in eine alte westlich und chinesisch dominierte kapitalistische Weltordnung zurückkehren, sondern alle großen, mittleren und kleinen Mächte, die ihre Interessen bisher durch strukturelle und offene Gewalt durchgesetzt haben, könnten sich als große Geste der Versöhnung eine gemeinsame gerechte, gewaltfrei-friedliche und naturverträgliche Ordnung ihres Zusammenlebens geben.

[68] John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936), Berlin 1976, S. 317.

[69] Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung Band 3, München 2022, S. 1170 – 1199.